



Willy Brandt

„Das Überleben sichern“
Die Einleitung zum Nord-Süd-Bericht
mit einer Einführung von Dirk Messner

HERAUSGEBERIN

Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Bundesstiftung des öffentlichen Rechts

Der Vorstand

KARSTEN BRENNER, *Ministerialdirektor a.D. (Vorsitzender)*
PROF. DR. DIETER DOWE
PROF. DR. AXEL SCHILDT

REDAKTION

DR. WOLFRAM HOPPENSTEDT (*Geschäftsführer*)
DR. BERND ROTHER
DR. WOLFGANG SCHMIDT

Schriftleitung: DR. WOLFRAM HOPPENSTEDT

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung wird aus Haushaltsmitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) finanziert.

© 2013 by Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Forum Willy Brandt Berlin

Unter den Linden 62-68
D-10117 Berlin
Tel.: 030 / 787707-0
Fax: 030 / 787707-50
info@willy-brandt.de
www.willy-brandt.de

Willy-Brandt-Haus Lübeck

Königstraße 21
D-23552 Lübeck
Tel.: 0451 / 122425-0
Fax: 0451 / 122425-9
info@willy-brandt-luebeck.de
www.willy-brandt-luebeck.de

GESTALTUNG

Pralle Sonne, Berlin

REALISATION UND DRUCK

Hans Giesemann Druck und Medienhaus, Nuthetal

© Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung d.ö.R.

Frau Professor Brigitte Seebacher zustehende Urheberrechte an der Einleitung Willy Brandts zum „Nord-Süd-Bericht“ bleiben hiervon unberührt.

Printed in Germany 2013

ISSN 1434-6176

ISBN 978-3-933090-24-9

Willy Brandt

„Das Überleben sichern“ – die Einleitung zum Nord-Süd-Bericht

mit einer Einführung von Dirk Messner

Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Heft 25

Prof. Dr. Dirk Messner, geboren 1963, forscht seit Ende der 1980er Jahre intensiv zu den Themen Globalisierung und Global Governance. Er beschäftigt sich zudem mit der Bedeutung des Aufstiegs der sogenannten Schwellenländer und mit den sozio-ökonomischen Auswirkungen des globalen Klimawandels. Dirk Messner leitet seit 2003 als Direktor das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik in Bonn. Er ist Co-Direktor des Center for Advanced Studies on Global Cooperation Research, Co-Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung „Globale Umweltveränderungen“ (WBGU) sowie Mitglied in zahlreichen weiteren nationalen und internationalen Beratungsgremien.

Seit 2008 ist Dirk Messner Mitglied im Internationalen Beirat der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung.

INHALT

Willy Brandt – Stationen seines Lebens	6
Wolfgang Thierse Geleitwort des Kuratoriumsvorsitzenden	9
Dirk Messner Einführung in den Brandt-Report Eine Einordnung in die Diskussionen zu globaler Entwicklung seit den 1970er Jahren	12
Willy Brandt „Das Überleben sichern“ – die Einleitung zum Nord-Süd-Bericht	31
Liste der Mitglieder der Nord-Süd-Kommission	60

WILLY BRANDT – STATIONEN SEINES LEBENS

1913	Am 18. Dezember in Lübeck geboren
1930	Eintritt in die SPD
1933–1945	Exil in Norwegen und Schweden Widerstand gegen das NS-Regime
1936	Illegaler Aufenthalt in Berlin
1945–1947	Rückkehr nach Deutschland als Korrespondent für skandinavische Zeitungen
1947	Presseattaché an der Norwegischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin
1948	Vertreter des SPD-Parteivorstandes in Berlin
1949–1957, 1961	Berliner Abgeordneter im Deutschen Bundestag
1950–1971	Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses
1955–1957	Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses
1957–1966	Regierender Bürgermeister von Berlin
1964–1987	Vorsitzender der SPD
1966–1969	Bundesaußenminister und Vizekanzler
1969–1992	Mitglied des Deutschen Bundestages
1969–1974	Bundeskanzler

1971	Verleihung des Friedensnobelpreises
1976–1992	Präsident der Sozialistischen Internationale
1977–1983	Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission
1979–1983	Mitglied des Europäischen Parlaments
1987–1992	Ehenvorsitzender der SPD
1992	Am 8. Oktober in Unkel bei Bonn verstorben

BUNDESTAGSPRÄSIDENT A. D. DR. H. C. WOLFGANG THIERSE

*Geleitwort des Kuratoriumsvorsitzenden
der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung*

Ende Dezember des Jahres 1976 schlug Robert McNamara, der damalige Präsident der Weltbank, Willy Brandt in einem Schreiben die Gründung einer Expertenkommission für internationale Entwicklungsfragen vor und bat den ehemaligen deutschen Bundeskanzler, den Vorsitz über diese Kommission zu übernehmen. McNamara, der frühere amerikanische Verteidigungsminister, war zutiefst besorgt über die konfrontative Grundhaltung und den Stillstand bei den Verhandlungen zwischen den industrialisierten Nationen und den unterentwickelten Ländern der Welt, die in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts noch ganz wesentlich vom Ost-West-Konflikt geprägt waren. Kaum ein anderer Elder Statesman schien geeigneter für diese Aufgabe zu sein: Willy Brandt, der Friedensnobelpreisträger des Jahres 1971, genoss für seine Politik des Friedens und der Versöhnung weltweit enormes Ansehen.

Der Sozialdemokrat, erst kürzlich zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale gewählt, zögerte nicht lange, diese wichtige Aufgabe zu übernehmen – zu sehr war er sich ihrer herausragenden Bedeutung bewusst. Schon lange hatte Willy Brandt über den „europäischen Tellerrand“ hinausgeblickt und die Voraussetzungen für einen wahren globalen Frieden erkannt – einen Frieden nicht nur zwischen den Staaten, sondern auch innerhalb der Gesellschaften, der nur auf der Grundlage erträglicher und würdevoller Lebensbedingungen für alle Menschen beruhen konnte. Für Willy Brandt war das „Nord-Süd-Problem“ die entscheidende Frage des 20. Jahrhunderts.

Am 28. September 1977 konnte Willy Brandt im Gebäude der Vereinten Nationen in New York die Gründung der „Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen“ verkünden, die unter dem Namen „Nord-Süd-Kommission“ oder „Brandt-Kommission“ bekannt geworden ist. Und vor allem auf ihre Unabhängigkeit von Regierungen und internationalen Institutionen legte ihr Vorsitzender Wert. Für seine Kommission konnte Willy Brandt 18 renommierte Politiker und Experten gewinnen – zehn von ihnen, bewusst über die Hälfte, stammten aus Entwicklungsländern. Im Dezember nahm die Kommission ihre Arbeit auf: Sie setzte sich zum Ziel, vor allem die Regierungen der industrialisierten Länder davon zu überzeugen, dass die Zeit zum Handeln gekommen sei und dass die

globalen Probleme – da von Menschenhand geschaffen – auch von Menschen gelöst werden konnten. Tiefgreifende Veränderungen in den internationalen, insb. den weltwirtschaftlichen Beziehungen, seien dazu notwendig – und die zu bewältigende Aufgabe sei alles andere als hoffnungslos.

Nach zwei Jahren intensiver Arbeit mit vielen Treffen und Beratungen auf der ganzen Welt, die Willy Brandt, auf dessen Schultern die Hauptlast der Aufgabe ruhte, enorme Strapazen abverlangte, konnte die Kommission am 12. Februar 1980 in New York dem Generalsekretär der Vereinten Nationen den „Nord-Süd-Bericht“ vorlegen. Der vollständige deutsche Titel des Berichtes lautet: „Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer“.

Der „Brandt-Report“ bot – im wahrsten Sinne des Wortes – eine neue Perspektive: die Idee der „Einen Welt“. Vor den kaum noch überschaubaren Bedrohungen wie Massenelend, Hunger, Krieg, Chaos, Umweltzerstörung und Energieknappheit – angesichts einer Globalisierung (sic!) der Gefahren und Herausforderungen – forderten Brandt und seine Experten schon vor über 30 Jahren eine Art „Weltinnenpolitik“, die heute als „Global Governance“ umschrieben wird. Die Menschen auf diesem Planeten hätten gemeinsame Interessen und könnten nur miteinander überleben – und es liege im ureigenen Interesse der Industrieländer, den ärmsten Ländern dieser Welt zu helfen: durch Kapital- und Technologietransfer, durch Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer, durch eine Öffnung der Märkte – und vor allem auch durch ein Eindämmen des globalen Wettrüstens, wodurch enorme Kapitalmengen zur Bewältigung der wirklichen Probleme der Menschheit freigesetzt werden könnten.

Der Brandt-Report erschien in einer politisch denkbar ungünstigen Zeit: Der Ost-West-Konflikt verschärfte sich und zog sogar neue Rüstungsspiralen nach sich, der „Ostblock“ wie auch China fühlten sich von dem Appell ohnehin nicht „angesprochen“ – und in weiten Teilen der westlichen Welt stand die Wirtschaftspolitik neuerdings im Zeichen neokonservativer Strömungen: Reaganomics und Thatcherismus standen auf der politischen Agenda. Das alles ändert nichts daran, dass der Nord-Süd-Bericht große öffentliche Aufmerksamkeit erfahren und bei vielen Menschen, vor allem in den reichen Ländern, ein Umdenken eingeleitet hat. Bis heute gilt der „Brandt-Report“ als ein Meilenstein: Er ebnete den Weg zum ersten Weltgipfel 1981 in Cancún und gab Anstoß zu wichtigen Folgestudien, die sich mit den Fragen der Globalisierung und Global Governance weiter beschäftigten.

Ein besonders beeindruckendes und lesenswertes Zeugnis ist bis zum heutigen Tag die Einleitung zu dem Bericht, die Willy Brandt als Vorsitzender der

Kommission selbst verfasst hat. Niemand hätte mit besseren, einprägsameren Worten die Menschen „wachrütteln“ und verdeutlichen können, worum es geht: „Wo Hunger herrscht, kann Friede nicht Bestand haben. Wer den Krieg ächten will, muss auch die Massenarmut bannen. Dieser Bericht handelt vom Frieden.“ Willy Brandts Worte reißen den Leser geradezu mit. Er versteht sie als ein „Appell an die Verantwortlichen dieser Welt“, doch sprechen sie uns alle an – die Bürger einer Weltzivilisation, die nicht untätig zusehen wollen, wie unser Planet ins Verderben stürzt. Willy Brandt weiter: „Solidarität muss über nationale Grenzen hinausreichen. Noch nie hat die Menschheit über so vielfältige technische und finanzielle Ressourcen verfügt, um mit Hunger und Armut fertigzuwerden. Die gewaltige Aufgabe lässt sich meistern, wenn der notwendige gemeinsame Wille mobilisiert wird.“

Aus Anlass des 100. Geburtstages von Willy Brandt in diesem Jahr haben Kuratorium und Vorstand der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung beschlossen, die bis heute lesenswerte und nachdenklich stimmende Einleitung des früheren Bundeskanzlers zum „Nord-Süd-Bericht“ neu zu veröffentlichen. Die Schärfung für das Bewusstsein für die Belange, Nöte und Notwendigkeiten unserer „Einen Welt“ ist vielleicht das wichtigste und nachhaltigste Erbe, das Willy Brandt uns hinterlassen hat.

Kuratorium und Vorstand sind Herrn Professor Dirk Messner, dem Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik in Bonn und Mitglied im Internationalen Beirat unserer Bundesstiftung, zu großem Dank verpflichtet, dass er in einem Einführungsbeitrag für dieses Heft der Schriftenreihe die Inhalte und grundsätzliche Bedeutung des „Brandt-Reports“ dargestellt und seine Wirkungsgeschichte über die letzten drei Jahrzehnte herausgearbeitet hat.

PROF. DR. DIRK MESSNER

EINFÜHRUNG IN DEN BRANDT-REPORT

EINE EINORDNUNG IN DIE DISKUSSIONEN ZU GLOBALER ENTWICKLUNG SEIT DEN 1970ER JAHREN

Der 1980 vorgelegte Bericht der Nord-Süd-Kommission, deren Vorsitzender Willy Brandt war, wird zu Recht zu den bahnbrechenden Weltberichten zu Fragen globaler Entwicklung gezählt, die in den vergangenen Dekaden publiziert wurden. Der „Brandt-Report“ wird in einem Atemzug mit der 1972 vom „Club of Rome“ veröffentlichten Studie „Grenzen des Wachstums“, dem Brundtland-Report „Our Common Future“ von 1987, der sich mit den großen globalen Umwelt- und Entwicklungsfragen beschäftigte, sowie dem Bericht der „Commission on Global Governance“ „Our Global Neighbourhood“ von 1995 genannt, der Vorschläge zur politischen Gestaltung der Globalisierung vorlegte. Im Zentrum dieser viel zitierten globalen Entwicklungsreports steht eine bis heute unbeantwortete Frage: Wie können in einer immer enger vernetzten Weltgesellschaft und einer auf Wachstum ausgerichteten Weltwirtschaft die großen sozialen Fragen der Menschheit gelöst und die Zerstörung der ökologischen Grundlagen des Planeten verhindert werden? Seit den frühen 1970er Jahren wird diese Thematik diskutiert und zugleich in der „Realpolitik“ zumeist ignoriert. Diese Frage könnte die Schicksalsfrage des 21. Jahrhunderts sein.

Der Brandt-Report thematisierte, mitten im Kalten Krieg, brennende Weltprobleme wie Armut, Unterentwicklung und Gewalt, die auch heute noch zu den zentralen Herausforderungen internationaler Politik gehören (Nuscheler 2000). Seine Pionierleistung bestand jedoch vor allem darin, in einer Zeit über die Zukunft der „Weltzivilisation“ sowie der „Menschheit“ und ihrer gemeinsamen Interessen nachzudenken, in der die Globalisierungsdebatte in der Politik noch lange nicht angekommen war. Der Brandt-Report ist also ein weitsichtiges Dokument, in dessen Zentrum der Ruf nach mehr globaler Verantwortung und einer neuen kooperativen Weltordnung steht. Er erschien in denkbar ungünstigen Zeiten und konnte daher zunächst keine realpolitische Wirkung entfalten. Am 25. Dezember 1979, nur fünf Tage nachdem Willy Brandt sein Vorwort zu dem Report verfasst hatte, begann die Afghanistan-Invasion der Sowjetunion, die für lange Zeit zu einer Eiszeit in der internationalen Kooperation führte. Margret Thatchers

Amtszeit begann 1979 (und endete 1990). Ronald Reagan wurde 1981 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt (und blieb bis 1989 im Amt). Die Reagan-Thatcher-Ära markierte das Ende der sozialdemokratisch geprägten Epoche in den OECD-Ländern und zugleich den Beginn der Dominanz wirtschaftsliberaler Politikmodelle in der Weltwirtschaft sowie klassischer nationaler Interessenpolitik in der Außenpolitik, die nur wenig Raum für internationalen Interessenausgleich ließen. Der „Washingtoner Konsensus“¹, an dem sich die Entwicklungspolitik von Weltbank und Internationalem Währungsfonds seit Beginn der 1980er Jahre ausrichteten, war Teil dieses globalen Politikwechsels.

In diesem globalpolitischen Umfeld existierte kein Resonanzraum für die weit-sichtigen Visionen der Nord-Süd-Kommission. Der Bericht liest sich geradezu als ein Gegenentwurf zu den realen Entwicklungsdynamiken in der Welt zu Beginn der 1980er Jahre. Dass der Brandt-Report dennoch keine Randnotiz des globalen Entwicklungsdiskurses blieb, liegt daran, dass er Fragen stellte, politische Suchrichtungen skizzierte und normative Leitlinien für die Weltgesellschaft formulierte, die dann im Laufe der Zeit von vielen Akteuren aufgenommen und weiterentwickelt wurden. Die Bedeutung eines internationalen Reports kann darin bestehen, dass er bereits existierende politische Konsense bündelt und damit zu einer unmittelbaren Leitschnur aktueller Politik wird. Der 2001 veröffentlichte Bericht „The responsibility to protect“ der „International Commission on Intervention and State Sovereignty“ fasste zum Beispiel die weltweite Debatte um humanitäre Interventionen zusammen. Das Konzept „Responsibility to protect“ (Schutzverantwortung) sieht den Schutz der Bevölkerung vor schweren Menschenrechtsverletzungen (wie z.B. Völkermord) vor und stellt die Rechte der Menschen über die Souveränität der Staaten. Diese neue Idee des Völkerrechtes ist weiterhin umstritten, aber schon 2005 wurde die Schutzverantwortung in der Resolution 1674 des Sicherheitsrates erstmals in einem völkerrechtlich verbindlichen Dokument erwähnt. UN-Generalsekretär Ban Ki Moon legte 2009 einen Bericht zur Umsetzung des Konzeptes vor. Der Bericht „Responsibility to protect“ aus dem Jahr 2001 wurde also schnell zu einem Referenzpunkt sich real verändernder Weltpolitik.

¹ U.a. Kürzung der Staatsausgaben, Liberalisierung der Handelspolitik durch Abbau von Handelsbeschränkungen und Handelskontrollen, verbesserte Exportanreize, Deregulierung von Märkten und Preisen, Abbau von Subventionen – häufig zulasten der ärmeren Bevölkerungsschichten.

Die meisten internationalen Reports, die auch nach Jahren und Jahrzehnten noch gelesen werden, weisen jedoch gerade über bereits etablierte Sichtweisen und Konsense hinaus. Sie eröffnen Zukunftsdiskurse, erregen Anstoß, schaffen Weitblick – oder entwickeln, wie der Brandt-Report, provokative Perspektiven auf eine Weltinnenpolitik der Zukunft.

Ideen können mächtig sein, doch sie brauchen oft lange, um in der Realität anzukommen. Die Geschichte der Aufklärung ist hierfür ein gutes Beispiel. John Locke entwickelte 1689 in einem seiner Hauptwerke „Two Treaties of Government“ die Idee von den natürlichen Rechten aller Menschen und der Verantwortung der Regierungen gegenüber ihren Bürgern. Immanuel Kant dachte 1788 in seiner „Kritik der praktischen Vernunft“ über die Grundprinzipien einer auf Recht basierenden Gesellschaftsordnung nach und leuchtet 1795 in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben der Völker und Staaten aus. Erst 1948, 150 Jahre nach Kant und 250 Jahre nach Locke, wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet. Und zugleich gilt: Die Vordenker der Zukunft, die ihrer Zeit weit voraus waren und von ihren Zeitgenossen oft als Idealisten und Träumer angesehen wurden, sind wichtige, ja unverzichtbare Akteure des Wandels in der menschlichen Zivilisationsgeschichte. Denn gesellschaftlicher Wandel, legitimiert und vorangetrieben von Bürgergesellschaften, kann nur gelingen, wenn zuvor Zukunftsentwürfe entstanden sind, an denen sich die Menschen orientieren können.

Der Brandt-Report war also kurzfristig betrachtet ein realpolitischer Flop, der in der internationalen Politik der 1980er Jahre kaum Wirkung entfaltete. Aus einer längerfristigen Perspektive betrachtet ist er jedoch ein intellektueller Meilenstein und ein Schlüsseldokument der internationalen Politik auf dem Weg zu einem globalen Entwicklungsverständnis, das die Realitäten einer eng vernetzten Weltwirtschaft und -gesellschaft nicht einfach ignoriert.

Im Folgenden werden zunächst die Kernaussagen des Brandt-Reports herausgearbeitet. In einem zweiten Schritt wird der Nord-Süd-Bericht in die globalen Entwicklungsdynamiken und -diskurse seit den 1970er Jahren eingeordnet. Welche Ideen des Brandt-Reports sind im Verlauf der letzten Dekaden von der internationalen Entwicklungspolitik aufgenommen worden? Welche Reformvorschläge sind noch heute relevant, welche haben sich überlebt? In welchen Bereichen haben sich die Autoren des Reports mit ihren Diagnosen geirrt? Welche von der Brandt-Kommission hervorgehobenen Weltprobleme haben sich verschärft, welche haben sich entschärft?

Der entwicklungspolitische Dreisatz des Brandt-Reports

Im Zentrum des Vorwortes von Willy Brandt zum Nord-Süd-Bericht stehen drei Kernaussagen:

1. Die Nord-Süd-Beziehungen sind die große soziale Herausforderung am Ende der 1970er Jahre und deren grundlegende Verbesserung von schicksalhafter Bedeutung für die Menschheit.

Diese Einschätzung entsprach mitten im Kalten Krieg, der durch die Ost-West-Konfrontation geprägt war und im Zeichen einer weltwirtschaftlichen Konstellation, in der die meisten Entwicklungsländer aus ökonomischer Sicht eher unbedeutende Ressourcenexporteure waren, nicht im Entferntesten dem außen(wirtschafts)politischen Mainstream. Entwicklungspolitik wurde in diesem Kontext in der Regel durch eine klassische Interessenpolitik begründet, die sich an der Logik des Kalten Krieges ausrichtete: Entwicklungspolitik galt zu dieser Zeit vielen politischen Akteuren als ein Instrument zur Unterstützung von Ländern, die dem Westen in der Auseinandersetzung mit dem Osten zur Seite standen oder deren „Abwanderung“ in das Lager der sozialistischen Welt drohte. Neben dieser machtpolitischen Begründung existierten in den Industrieländern auch Argumente, die aus der Perspektive einer „aufgeklärten Barmherzigkeit“ für Entwicklungspolitik als humanitäre Hilfe plädierten. Willy Brandt war die erste Begründung suspekt und die zweite Begründung sympathisch. Aber er plädiert in seinem Vorwort dafür, die Nord-Süd-Beziehungen auf der Grundlage gemeinsamer Interessen, gleicher Rechte der Industrie- und der Entwicklungsländer sowie Fairness in den internationalen Beziehungen neu auszurichten. Brandt formuliert seine Sichtweise wie folgt: „Es wird immer Raum für humanitäre Hilfe bleiben ... Was heute auf der Tagesordnung steht, handelt (jedoch) von einer Neuordnung der internationalen Beziehungen, vom Errichten einer neuen Ordnung, und einer neuen Art, die Entwicklungsprobleme umfassend zu betrachten.“ Brandt betont, dass die Entwicklungspolitik einem doppelten Ziel verpflichtet sein müsse: erstens der Beseitigung von Armut, Elend und Ungerechtigkeit in den Entwicklungsländern; und zweitens der gemeinsamen Arbeit von Industrie- und Entwicklungsländern zur Überwindung globaler Entwicklungsprobleme (wie Armut und Gesellschaftszerfall, Migration, Bürgerkriege, Umweltzerstörung), die die internationale Stabilität und Sicherheit sowie am Ende des Tages das Überleben der Menschheit gefährden könnten. Diese Perspektive findet sich heute in vielen Dokumenten zur internationalen Entwicklungspolitik. Sie basiert auf der

Beobachtung wechselseitiger Abhängigkeiten zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und dem daraus abgeleiteten Konzept der gemeinsamen Interessen, die entwickelt und erkämpft werden müssen. Diese Interpretation des Nord-Süd-Verhältnisses brach mit zwei Grundüberzeugungen, die in den 1960er und 1970er Jahren die internationalen Diskussionen beherrschten: Viele Akteure aus den Entwicklungsländern betonten – mit Bezug auf die seinerzeit vorherrschenden Dependenztheorien – die Abhängigkeiten des Südens von den reichen Ländern des Nordens (Cardoso/Faletto 1979). Sie kritisierten das globalpolitische Denken Willy Brandts in den Kategorien wechselseitiger Abhängigkeiten und gemeinsamer Interessen als eine unzulässige Relativierung des Nord-Süd-Gefälles. Dem stand eine andere Grundüberzeugung gegenüber, die insbesondere in den OECD-Ländern dominierte: Armut und Unterentwicklung wurden hier als Probleme der Länder des Südens wahrgenommen. Deren potenzielle Auswirkungen auf die Industrieländer oder gar auf das internationale System wurden hingegen radikal unterschätzt. Die „Reichtumsinseln des Nordens“ schienen sicher zu sein. Aus dieser Sicht hielt man Entwicklungspolitik (aus einem eng verstandenen Eigeninteresse heraus) entweder für idealistische Geldverschwendung – oder man begründete entwicklungspolitische Investitionen mit humanitären Gründen als „Überlebenshilfe“.

2. Menschliche Entwicklung darf nicht mit Wachstum gleichgesetzt werden: „Es geht um mehr als Ökonomie.“

Willy Brandt diskutiert in seinem Vorwort zum Nord-Süd-Bericht ausgiebig, welche Ziele mit Prozessen ökonomischer „Entwicklung“ überhaupt erreicht werden sollen, denn sein Ausgangspunkt war, dass Entwicklung, die sich auf den Menschen konzentriert, über materielle Güter und Wachstum hinausgehen muss. Ohne den Begriff zu nutzen, leistete der Brandt-Report schon vor über 30 Jahren einen Beitrag zu der Debatte, die heute unter dem Stichwort „Neue Wohlfahrtskonzepte“ firmiert. Viele Diskussionen, die in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ in der letzten Legislaturperiode (2009–2013) geführt wurden, klingen in dem Bericht bereits an. Willy Brandt betont in seinem Vorwort drei Dimensionen von Entwicklung. Im Vordergrund steht erstens das Ziel, Bedingungen für die Entfaltung der Potenziale der Menschen zu schaffen, was nur in Gesellschaften gelingen könne, die auf „schöpferischen Partnerschaften“ basieren. Der etwas blumig klingende Begriff der „schöpferischen Partnerschaften“ soll ausdrücken, dass Kreativität

und Kooperation in Gesellschaften entscheidende Motoren menschlicher Entwicklung sind. Parallelen lassen sich hier zu dem „Befähigungs-Ansatz“ (human capabilities) von Amartya Sen ziehen, der in seinen Arbeiten ebenfalls eine klare Unterscheidung zwischen „menschlicher Entwicklung“ und Wachstum vornimmt und darauf hinweist, dass es in diesem Kontext insbesondere darauf ankommt, soziale, rechtliche und ökonomische Institutionen zu schaffen, die die Menschen dazu befähigen, ihr Leben in die eigenen Hände nehmen zu können (Sen 2001). Zweitens plädiert Willy Brandt für einen „qualitativen Wachstumsbegriff“. Wachstum komme nur dann vielen Menschen zu Gute, wenn eine gerechte Einkommensverteilung gelinge, die Grundbedürfnisse der Ärmsten befriedigt würden und die kulturelle Eigenständigkeit von Völkern und Gesellschaften gewahrt bliebe. Ronald Reagan und Margret Thatcher dürften beim Lesen dieser Passagen die Haare zu Berge gestanden haben – sollten sie jemals einen Blick in den Brandt-Report geworfen haben, was eher nicht zu vermuten ist. Eine solch qualitative Entwicklung setzt aus der Sicht der Nord-Süd-Kommission die Einigkeit über fundamentale Rechte und Werte voraus: „Gerechtigkeit, Freiheit, Frieden, gegenseitiger Respekt, ... Liebe und Freigiebigkeit, ... Vernunft statt Gewalt“. Drittens sieht Brandt in seinem Vorwort einen engen Zusammenhang zwischen Gewalt, Aufrüstung, Krieg und sozio-ökonomischer Entwicklung. Seine persönlichen Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg, mit dem deutschen Faschismus sowie als Entspannungs- und Abrüstungspolitiker im Ost-West-Konflikt dürften seine Sensibilität für diese Zusammenhänge geschärft haben.

Willy Brandt wäre sicher nicht erstaunt zu beobachten, dass sich die hartnäckigste Armut zu Beginn des 21. Jahrhunderts in den scheiternden und zerfallenden Staaten sowie Bürgerkriegsökonomien konzentriert. Denn Sicherheits- und Entwicklungspolitik sind für Brandt „zwei Seiten einer Medaille“: „Entwicklung ist im weiteren Sinne ein anderes Wort für Frieden. Auf einen einfachen Nenner gebracht: Dieser Bericht handelt vom Frieden.“ Willy Brandt verbindet mit diesem Entwicklungsverständnis die Mikro- und die Makroebene von Entwicklung: Einerseits haben Wachstum und materieller Wohlstand bei Brandt vor allem instrumentellen Charakter, sie sind jedoch nicht Ziele an sich. Brandt folgt also einem auf den Menschen konzentrierten Entwicklungsverständnis. Darüber hinaus bedürfe es gesellschaftlicher Grundbedingungen, um menschliche Entwicklung zu ermöglichen: gerechte Verteilung, soziale Institutionen, die allen Menschen offen stehen, die Kontrolle politischer Macht und die Einhegung von Machtmissbrauch durch Eliten sowie nicht zuletzt die Abwesenheit von Krieg und Gewalt.

Dies sind für Willy Brandt die Voraussetzungen für dauerhafte Entwicklung.

In der Rückschau wird deutlich, dass die Nord-Süd-Kommission Fragen der Umwelt sowie der Nachhaltigkeit zwar bereits anspricht, aber noch längst nicht in der Deutlichkeit, mit der diese Probleme dann 1987 im Brundtland-Bericht oder im Kontext der großen Rio-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung von 1992 behandelt wurden.

3. Die Globalisierung erfordert eine Art „Weltinnenpolitik“ und Elemente dessen, was man eine „internationale Regierung“ nennen könnte.

Der innovativste und weitsichtigste Beitrag des Brandt-Reports besteht in der unglaublichen Klarheit, mit der das Bild von einer globalen Verantwortungs- und Schicksalsgemeinschaft in einer immer enger vernetzten Welt entworfen wird: mitten im Kalten Krieg – in einer gespaltenen Welt, in der Europa von einer unüberwindbar scheinenden Mauer durchzogen war – nur wenige Jahre nach der letzten großen Phase der Entkolonialisierung und in einem internationalen Kontext, in dem konservative Interessenpolitik und neoliberale Wirtschaftspolitik dominierten. Die entsprechenden Passagen des Reports sind heute noch eindringlich und zutreffend wie zum Zeitpunkt seines Erscheinens Anfang 1980. Textbausteine aus dem Nord-Süd-Bericht und dem Vorwort von Willy Brandt könnten heute noch problemlos in jeder Rede des UN-Generalsekretärs Ban Ki Moon stehen. Hier waren Willy Brandt und seine Mitstreiter in ihrer Zeit ziemlich einsame Rufer in der Wüste und doch zugleich Pioniere des erst 15 Jahre später an Fahrt gewinnenden Global Governance-Diskurses.

Durch den gesamten Bericht ziehen sich die Begriffe „Weltgemeinschaft“, „künftige Generationen“, die „Zukunft unseres Planeten“ wie ein roter Faden. Es ist kein Zufall, dass Willy Brandt sein Vorwort genau in diesem Sinne eröffnet. Gleich in den ersten Zeilen heißt es: „Im Sommer 1978 – ein halbes Jahr, nachdem wir mit unserer Arbeit begonnen hatten – erhielt ich von einem befreundeten Staatsmann in Afrika eine ermutigende Botschaft: Unsere Kommission könne dazu beitragen, weltweite Wertvorstellungen zu entwickeln. Wir möchten auf diese Weise das Bewusstsein verantwortungsbereiter Bürger in allen Teilen dieser Welt dafür schärfen, dass sich viele Probleme globalen Ausmaßes zuspitzen werden.“

Unter dieser Maßgabe entwickelte Willy Brandt die konkrete Utopie einer Strategie zur Gestaltung der Globalisierung, die er in drei Dimensionen ausleuchtete. Er plädiert erstens für die Entwicklung einer Politik, die die Globalisierung

aktiv zu steuern versucht: „Ob es uns passt oder nicht: Wir sehen uns mehr und mehr Problemen gegenüber, welche die Menschheit insgesamt angehen, so dass folglich auch die Lösungen hierfür in steigendem Maße internationalisiert werden müssen. Die Globalisierung von Gefahren und Herausforderungen erfordert eine Art ‚Weltinnenpolitik‘, die über den Horizont von Kirchtürmen, aber auch über nationale Grenzen weit hinausreicht.“ Es geht Brandt um die „Interessen der Menschheit“, um das, „was man internationale Gemeinschaft nennt“. Im Vorwort zum Nord-Süd-Bericht wird aus dem Ost-West-Entspannungspolitiker ein Weltbürger und Weltpolitiker.

Eine solche Globalisierung der Politik, so Brandts weitere Argumentation, verlangt eine Neudefinition des Interessenbegriffes. „Es wäre töricht, Interessenkonflikte zu verbergen.“ Aber auf mittlere Sicht müssten gemeinsame Überlebensinteressen an Bedeutung gewinnen. Dieses Konzept der gemeinsamen Interessen verknüpft Willy Brandt mit der Idee eines fairen Interessenausgleichs, einer „universalen, kollektiven Lastenteilung“ – und der Aussicht, dass in einem solchen Prozess starke wie schwache Akteure gewinnen könnten: Stabilität, Frieden, Sicherheit, Chancen auf eine langfristige Entwicklung der „Menschheit“ wären der Lohn für eine Politik, die das Ringen um gemeinsame Interessen mit nationalen Anliegen verbindet.

Drittens unterstreicht Brandt, dass die politische Gestaltung der Globalisierung und das Konzept gemeinsamer Interessen nur aufgehen kann, wenn zugleich an gemeinsamen, weltumspannenden Werten, „mitmenschlichen Verpflichtungen“, wie er sie nennt, gearbeitet wird: Generationengerechtigkeit, Solidarität, gemeinsame Verantwortung, Menschenrechte, Mitmenschlichkeit und Frieden könnten die Pfeiler einer neuen Weltordnung werden.

Willy Brandt war politischer Realist. Er machte sich keine Illusionen hinsichtlich einer schnellen Realisierbarkeit dieser anspruchsvollen Agenda. In seinem Vorwort verweist er vielmehr selbst auf das vorherrschende „Schneckentempo“ in der internationalen Politik, auf nationale Engstirnigkeiten, vielfältige Interessenblockaden sowie darauf, dass dieses „Konzept einer globalen Verantwortlichkeit ... vergleichsweise neu ist und im Verhältnis der Staaten zueinander nicht viel mehr als eine Generation zurückreicht.“

Aus der Perspektive der Dynamik der Weltpolitik hatte Brandt mit dieser Einschätzung recht. Die Gründung des Völkerbundes nach dem Ersten Weltkrieg war der erste umfassende Versuch zur Schaffung einer internationalen Friedensordnung. Ihm folgte nach dem Zweiten Weltkrieg die Gründung der Vereinten

Nationen und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Dies sind vermutlich die Versuche zur Errichtung von „Ordnungen globaler Verantwortlichkeit“, die Willy Brandt vor Augen standen, als er sein Vorwort verfasste. Doch die globalpolitische Vision des Brandt-Reports steht, ohne dass dies im Report erwähnt würde, auf den Schultern der großen Vordenker der Aufklärung: Bereits im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert sprachen Immanuel Kant, Alexander von Humboldt und Johann Wolfgang von Goethe über „Weltbürger“. Kant verstand darunter Menschen, die sich als Bürger des gesamten Planeten und der Menschheit verstehen, weil sie gemeinsame Rechte und Verpflichtungen sowie eine gemeinsame „Menschheitsgeschichte“ verbinden. Es war Goethe, der den Begriff der „Weltliteratur“ erfand. Die Idee des „Weltblicks über die lokalen und nationalen Kirchtürme hinaus“, die Willy Brandt einforderte, entstand also bereits im Zeitalter der Aufklärung.

Die Überlegungen Willy Brandts zu einer neuen globalpolitischen Ordnung gehen offensichtlich deutlich über die Weiterentwicklung der internationalen Entwicklungspolitik hinaus, die sich die Nord-Süd-Kommission zunächst auf die Fahnen geschrieben hatte. Die Beschäftigung mit den Entwicklungsproblemen der 1970er Jahre hatte Brandt und seinen Mitstreitern den Blick auf die großen Menschheitsfragen des 21. Jahrhunderts geöffnet, die Industrie- und Entwicklungsländer miteinander verbanden. Ein Blick auf die aktuellen Debatten im Rahmen der G20 verdeutlicht rasch, dass die meisten der Themenfelder, die Willy Brandt umtrieben, noch immer auf der Tagesordnung stehen – und sie zeigen auch, dass er mit seiner Beschreibung des „Schnecken tempos“ des Fortschritts leider richtig lag.

Im Folgenden wird der Brandt-Report aus der Perspektive der Dekaden zwischen 1970 und 2010 diskutiert, um seine Rolle und Bedeutung für die internationale Entwicklungsdebatte in historischer Perspektive zu skizzieren.

Der Brandt-Report im Kontext der 1970er Jahre

Die 1970er Jahre waren die Dekade der großen und polarisierten Diskussionen um eine „Neue Weltwirtschaftsordnung“, die insbesondere in der UNCTAD (UN-Konferenz für Handel und Entwicklung) zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern ausgetragen wurden. Es ging seinerzeit um Rohstofffonds, höhere Mitteltransfers für die Entwicklungsländer und um Reformen der von den Industrieländern dominierten internationalen Organisationen. Die eher konfrontativ geführten Verhandlungen führten zu keinen nennenswerten Ergebnissen.

Die 1970er Jahre waren auch die letzte Dekade, in der neue sozialistische Regierungen in Lateinamerika bei vielen Beobachtern zu großen Hoffnungen auf gerechtere Entwicklungsprozesse in den Entwicklungsländern führten. In Chile regierte seit 1970 die demokratisch gewählte Regierung von Salvador Allende, die am 11. September 1973 durch einen CIA-beeinflussten Putsch gestürzt wurde. In Nicaragua kam 1979 die sandinistische Bewegung an die Regierung, die das korrupte Somoza-Regime gestürzt hatte. Von vielen Industrieländern, insbesondere den USA, wurden diese Ereignisse eher durch die Brille des Ost-West-Konfliktes betrachtet und als eine Bedrohung für die OECD-Länder wahrgenommen. In diesem spannungsgeladenen Nord-Süd-Kontext entstand der Brandt-Report. Er nahm viele der Herausforderungen auf, die schon in der Kontroverse über die Neue Weltwirtschaftsordnung eine Rolle gespielt hatten, und er sprach die Armut sowie die Korruption der Eliten an, die die sozialreformerisch-sozialistischen Kräfte in Chile und Nicaragua bekämpften. Der Brandt-Report vermied jedoch konsequent den konfrontativen Grundton der Nord-Süd-Debatten der 1970er Jahre. Er brach geradezu mit der Logik der wechselseitigen Schuldzuweisung und entwickelte dagegen das Bild einer global vernetzten, interdependenten Welt. Insofern steht der Nord-Süd-Bericht ganz in der Tradition des Ostpolitikers Willy Brandt: versöhnen, Brücken bauen, trotz gegensätzlicher Ausgangspunkte nach gemeinsamen Initiativen zur Verbesserung der Lage der Menschen suchen. Aus dieser Sicht ist der Brandt-Report in seinem Ansatz mit der neuen Ostpolitik vergleichbar: Konflikte vermeidend, pragmatisch, in „kleinen Schritten“ auf mögliche Fortschritte ausgerichtet. Zugleich verbindet der Report diesen pragmatischen Politikansatz mit einem radikalen Perspektivenwechsel auf die Nord-Süd-Beziehungen sowie die internationale Politik und entwirft die atemberaubende Vision einer zivilen Weltbürgergesellschaft – so wie die pragmatische Entspannungspolitik zugleich mit der großen Idee verknüpft war, auf lange Sicht die Überwindung der sozialistischen Diktaturen zu bewirken und das Primat der Menschenrechte durchzusetzen. Pragmatische Reformvorschläge und radikale Perspektivenwechsel werden im Brandt-Report wie in der Entspannungspolitik virtuos miteinander verbunden.

Was der Bericht der Nord-Süd-Kommission allerdings vernachlässigt, sind die Verbindungsstücke zwischen den vielen skizzierten Politikreformen und der großen Veränderung in Richtung einer globalen Verantwortungsgemeinschaft. Welche Kräfte, im Süden wie im Norden, erschweren eine solche Transformation? Welche Interessengegensätze müssen thematisiert und überwunden werden?

Weshalb gewannen im Verlauf der 1970er Jahre gerade die Akteure klassischer Interessenpolitik und eines kruden Neoliberalismus international an Boden? Wo sind die Akteure des Wandels, die einen globalen Umbruch zu einer fairen Weltordnung voranbringen könnten?

Der Brandt-Report in den 1980er Jahren

Die Nord-Süd-Beziehungen waren in den 1980er Jahren geprägt durch die Verschuldungskrisen in den Entwicklungsländern, die 1982 mit der Mexiko-Krise begannen und dann nach und nach immer mehr Länder in Lateinamerika, Afrika und Asien erfassten. Diese Dynamik hatte der Nord-Süd-Bericht in seiner Analyse des Weltgeschehens nicht vorausgesehen. Dem Zeitgeist der Reagan-Thatcher-Ära folgend, entstanden der strikt wirtschaftsliberale Washingtoner Konsensus und die Strukturanpassungsprogramme von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank, denen sich die verschuldeten Staaten unterwerfen mussten, um an Finanzmittel zu kommen. Von den Entwicklungsideen des Brandt-Reports finden sich in diesem Politikansatz nicht einmal Spurenelemente.

Der Washingtoner Konsensus und das Reagan-Thatcher-Weltbild speisten sich aus ihrer Kritik an den lähmenden Wirkungen eines überbordenden Etatismus in den OECD- und in den Entwicklungsländern, der Verschuldungsdynamik, die unterschiedliche Spielarten des Keynesianismus in manchen Ländern erzeugt hatte, sowie der Kritik an der Binnenmarktorientierung, dem Protektionismus und der Importsubstitution, an der sich die meisten Entwicklungsländer, mit Ausnahme von Ökonomien wie Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur, orientiert hatten. Der radikale Marktliberalismus dieser Zeit war ohne Zweifel in seiner Kritik an den „alten Entwicklungsstrategien“ überzogen, und seine Therapien wirkten in vielen Ländern destruktiv. Andererseits sprach der Marktliberalismus einige Kernprobleme der Entwicklungskonzepte an, denen insbesondere viele Länder des Südens gefolgt waren: Importsubstitutionen, Binnenmarktorientierung, und überbordende Staatsausgaben hatten viele Länder in Sackgassen und Verschuldungskrisen geführt. Eine sukzessive Weltmarktintegration war unausweichlich geworden (Esser et al. 1993).

Der Brandt-Report äußerte sich zu dieser Grundsatzdiskussion nicht, obwohl er viele kluge Hinweise auf Elemente einer sozial ausgewogenen Strukturanpassung formulierte und Hinweise darauf gab, welche Beiträge auch die OECD-Länder erbringen müssten, um die Wettbewerbsfähigkeit der Ökonomien der Entwicklungsländer zu stärken – z. B. durch den Abbau von Handelsschranken. Der

Nord-Süd-Bericht hätte möglicherweise zu einem zentralen Stichwortgeber in der großen Diskussion der 1980er Jahre um Wege der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft und ordnungspolitische Modelle, die Staat und Markt länderspezifisch und pragmatisch verbinden, werden können, wenn er die Diskussion um das Scheitern der binnenmarktorientierten Konzepte, denen die meisten Entwicklungsländer nach dem Zweiten Weltkrieg gefolgt waren, explizit und provokativ aufgenommen hätte. Weil der Nord-Süd-Bericht jedoch dieser großen Debatte auswich, konnte er aus neoliberaler Perspektive leicht – wenn auch zu Unrecht – als Dokument von gestern betrachtet, verunglimpft und ignoriert werden: als ein Dokument, in dem die gerade gescheiterten, etatistischen Entwicklungsvorstellungen der 1970er Jahre ein letztes Mal aufgewärmt werden. Die gegen Ende der 1980er Jahre beginnende Debatte um „Strukturanpassungen mit menschlichem Gesicht“, die insbesondere von UNICEF (1987), UNDP (1992), aber auch von der Wirtschaftsorganisation der UN für Lateinamerika (CEPAL, 1990) vorangetrieben wurde, griff dann wiederum viele sozial- und strukturpolitische Reformansätze auf, die bereits im Brandt-Report zu finden sind. Dies gilt erst recht für den 1987 erschienenen Brandtland-Bericht „Our Common Future“, der als Meilenstein der internationalen Nachhaltigkeitsdiskussion gilt. Die Leitidee „Unsere gemeinsame Zukunft“ baute explizit auf den „Vorarbeiten“ des Brandt-Reports zu den großen Menschheitsaufgaben und einer Kultur globaler Verantwortung auf.

Der Brandt-Report im Lichte der 1990er Jahre

Mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Ost-West-Konfliktes entstand ab 1989 eine weltpolitische Konstellation, in der plötzlich viele der Kernideen des Brandt-Reports Gegenstand der internationalen Debatte wurden. Das unerwartete Ende des Kalten Krieges beflügelte für kurze Zeit visionäre Hoffnungen auf eine neue, von gemeinsamen Interessen vieler Staaten getragene Weltordnung, jenseits unüberbrückbarer Systemkonflikte. Die Idee einer „globalen Friedensdividende“ machte die Runde. Was spräche dagegen, die enormen Rüstungsinvestitionen nach dem Ende des Ost-West-Systemkonfliktes für globale Entwicklungszusammenarbeit umzuwidmen? Der unselige Zusammenhang zwischen Aufrüstung, Konflikt und Unterentwicklung, der im Brandt-Report diskutiert wurde, schien nun auflösbar zu sein. Aber nicht nur das: Die 1990er Jahre waren auch die Dekade der Weltkonferenzen der Vereinten Nationen zu den großen Entwicklungsproblemen der Menschheit, die eben eine Dekade zuvor im Brandt-Bericht thematisiert worden waren (Messner/Nuscheler 2000). Im Brandt-Report

selbst wurde der Vorschlag formuliert, kleine Weltkonferenzen mit begrenzten Teilnehmerzahlen zu den wichtigen Weltproblemen einzuberufen. Nun entwickelte sich in den 1990er Jahren eine globale Konferenzkultur, in deren Kontext nicht zuletzt die Nichtregierungsorganisationen, von denen im Nord-Süd-Bericht nur am Rande die Rede war, eine wichtige Rolle spielten.

Diesen Weltkonferenzen lag die globalpolitische Vision einer sukzessiv zusammenfindenden Menschheit zugrunde. 1990 fand der Weltkindergipfel in New York statt; 1992 die Weltkonferenz zu Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro; 1993 die Weltmenschenrechtskonferenz in Wien; 1994 die Konferenz zu Bevölkerung und Entwicklung; 1995 der Weltgipfel zu Sozialer Entwicklung in Kopenhagen, im gleichen Jahr die Weltfrauenkonferenz in Peking – und schließlich 1997 der Städtetipfel in Istanbul. Es schien, als hätte das Leitbild des Brandt-Reports die 1980er Jahre überwintert und vor allem überlebt, um nun zu einer Orientierung für die Weltpolitik in der Ära nach dem Kalten Krieg zu werden. „Die Menschheit“ blickte, wie von Brandt eingefordert, endlich über die Kirchtürme lokaler und nationaler Politik hinweg und suchte nach Elementen einer „Weltinnenpolitik“.

1995 erschien der Bericht der Kommission für Global Governance mit dem Titel „Our global neighborhood“ („Unsere globale Nachbarschaft“), in dem sich viele Ideen des Brandt-Reports wiederfanden. Willy Brandt selbst hatte noch die Konstituierung dieser hochrangig besetzten Kommission befördert. Der Global Governance-Diskurs wurde auch von der Wissenschaft aufgegriffen und zu einem wichtigen Zweig der Theorie der internationalen Beziehungen weiterentwickelt (Kennedy/Messner/Nuscheler 2001; Zürn 1998). Für den Geist des Nord-Süd-Berichts schien sich durch das Ende des Kalten Krieges ein unglaubliches Fenster der Gelegenheit geöffnet zu haben.

Doch die 1990er Jahre schlugen de facto eine andere Richtung ein. Geschichte entwickelt sich nicht linear, sondern häufig in Spannungsfeldern zwischen konkurrierenden Leitbildern und Ideengebäuden sowie komplexen Interessenkonstellationen. Während der intellektuelle Zeitgeist, die weltpolitischen Debatten und die Weltkonferenzen von den Ideen einer kooperativen Weltordnung geprägt wurden, sanken zugleich die Investitionen in die internationale Entwicklungszusammenarbeit. In vielen Regierungszentralen erlosch das Interesse an den Entwicklungsländern, weil ihre Rolle als Partnerländer für den Westen im Systemkonflikt mit den sozialistischen Ländern entwertet worden war. Während also die Regierungen der OECD-Länder ihre Delegationen auf Weltkonferenzen schickten, die Hoffnung auf ein Zeitalter globaler Kooperation ausstrahlten, reduzierten die

gleichen Regierungen ihre Mittel für die Entwicklungspolitik. Was für eine Ironie der Geschichte! Zudem führte das Ende der zweiten globalen Supermacht, der Sowjetunion, dazu, dass sich in den USA nach und nach die Idee von der „Einzigsten Supermacht“ durchsetzte, die nicht mehr auf die Kooperation mit anderen angewiesen zu sein schien. Genau die multilateralen Hoffnungen, die auch der Brandt-Report ausstrahlte, erlebten nun eine unilaterale Bruchlandung. Das Ende des Kalten Krieges führte nicht etwa in ein „Zeitalter von Friedensdividenden und Weltinnenpolitik“, sondern in einen „kalten Frieden“ (Charles Kupchan), in dem der Geist des Brandt-Reports und der globalpolitischen Reformvorschläge, die von den Weltkonferenzen ausgingen, erneut an den Rand gedrängt wurden. Wie hatte Willy Brandt doch gleich in seinem Vorwort zum Nord-Süd-Bericht formuliert: „Der Übergang zu einer Art Weltinnenpolitik vollzieht sich bisher nur im Schnecken tempo.“ Die 1990er Jahre waren also eine Dekade, in der die Idee einer kooperativen Global Governance für eine im Entstehen begriffene Weltgemeinschaft, die im Brandt-Report entworfen worden war, weltweit so breit diskutiert wurde wie nie in der Menschheitsgeschichte zuvor. Das Ende des Kalten Krieges machte diesen geistigen Aufbruch möglich. Der Übergang vom Kalten Krieg zu einer Weltinnenpolitik gelang jedoch nicht, vor allem weil viele OECD-Länder und vor allem Akteure in den USA der Illusion erlagen, sie könnten die globalen Probleme des 21. Jahrhunderts im Alleingang lösen, ohne den beschwerlichen Weg der Erarbeitung gemeinsamer Interessen und Strategien gehen zu müssen.

Der Brandt-Report im Lichte der 2010er Jahre

Zur Jahrtausendwende wurden die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen² verabschiedet. Es zeigte sich, dass die Weltkonferenzen der 1990er Jahre zu den großen globalen Entwicklungsfragen nicht völlig fruchtlos geblieben waren. Die Millenniumsziele können als ein Kernsubstrat der globalen Überlegungen im Rahmen der Weltkonferenzen verstanden werden. Sie gaben der Entwicklungspolitik für die erste Dekade des 21. Jahrhunderts eine klare Richtung:

² Es handelt sich um acht Ziele: 1. Bekämpfung von extremer Armut und Hunger, 2. Grundschulbildung für alle Menschen weltweit, 3. Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frauen, 4. Senkung der Kindersterblichkeit, 5. Verbesserung der Gesundheitsversorgung für Mütter, 6. Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen schweren Krankheiten, 7. Ökologische Nachhaltigkeit, 8. Aufbau einer „globalen Partnerschaft für Entwicklung“.

Armutsbekämpfung, Gesundheit, Grundbildung standen nun im Zentrum der weltweiten Entwicklungskooperation. Die Nord-Süd-Kommission hätte dieses Zielsystem sicher mit Wohlwollen kommentiert, auch wenn ihr Ansatz umfassender war. Der Brandt-Report ging weiter und verband die Leitideen der Befriedigung der Grundbedürfnisse und der Armutsbekämpfung mit dem Konzept der Befähigung der Menschen (die über soziale, politische und ökonomische Rechte verfügen müssen) sowie der strategischen Rolle von Investitionen in die produktiven Sektoren der Wirtschaft (Energie, Forschung und dauerhafte Infrastrukturen).

Seit der Jahrhunderttausendwende setzen sich zwei Entwicklungstrends im internationalen System durch, die die Nord-Süd-Kommission nicht erwartet hatte: Erstens ist ein „Aufstieg des Südens“ (UNDP 2013) zu beobachten, angetrieben durch die großen Schwellenländer, insbesondere durch China, der zu tektonischen Machtverschiebungen in der Weltpolitik führt. Der Übergang von der G8 in die G20-Welt symbolisiert diesen Umbruch. Zum ersten Mal seit der industriellen Revolution deutet sich so etwas wie eine „post-westliche Weltordnung“ an. Zweitens entstehen in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern neue Mittelschichten. Zu den globalen Mittelschichten zählen Menschen mit einem jährlich verfügbaren Pro-Kopf-Einkommen (in Kaufkraftparitäten) von über 4.000 US-Dollar (und unter 40.000 US-Dollar; Kharas 2010). Im Jahr 1990 zählten etwa 1,4 Milliarden Menschen zu dieser Gruppe, von denen 80 Prozent in den OECD-Ländern lebten. Bis 2030 wird die Zahl der Menschen mit einem Einkommen von über 4.000 US-Dollar auf knapp fünf Milliarden ansteigen. 80 Prozent dieser Menschen werden dann in nicht-OECD-Ländern leben, wobei insbesondere die asiatischen Mittelschichten rapide wachsen. Diese Zahlen und die Dynamik des Wandels sind beeindruckend. Noch 1990, also am Ende des Kalten Krieges, konzentrierte sich der Wohlstand und damit die globale Nachfrage vor allem in den alten Industrienationen. Die Nord-Süd-Kommission hätte, wie viele andere Beobachter, diese Eigendynamik in einem wachsenden Teil der Entwicklungs- und Schwellenländer wohl kaum für möglich gehalten.

Bestätigt könnte sich die Nord-Süd-Kommission heute durch zwei andere Trends fühlen: Zum einen leben noch immer gut eine Milliarde Menschen in Armut. Allerdings hat sich die globale Armutskarte verändert. Gut 300 Millionen Arme leben in Bürgerkriegsländern und sogenannten scheiternden Staaten. Armut und Unsicherheit, ein Zusammenhang, auf den der Brandt-Report mit Nachdruck hingewiesen hat, fallen immer stärker zusammen. Über 600 Millionen

Arme leben jedoch in den aufsteigenden Ländern mit einer wachsenden Mittelschicht, in denen die Chancen, die Armut weiter zu reduzieren, zumindest gegeben sind. Armutsbekämpfung bleibt jedoch, trotz der hohen ökonomischen Dynamik in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern, ein zentrales Problem und ein wichtiges Feld internationaler Kooperation.

Zum anderen wird immer deutlicher, dass viele der Weltprobleme und globalen Systemrisiken, auf die der Brandt-Report hingewiesen hat, weiter ungelöst sind und in ihrer Bedeutung stetig wachsen: Umweltzerstörung, globale Flüchtlingsbewegungen, Bevölkerungswachstum, instabile internationale Märkte, und zerfallende Staaten. Gerade die Klimaproblematik und die Gefahr eines Erdsystemwandels im Verlauf noch dieses Jahrhunderts, der die natürlichen Lebensgrundlagen für bald neun Milliarden Menschen unterminieren könnte, sowie die aktuelle globale Finanzmarktkrise verdeutlichen, dass die Menschheit lernen muss, ihre globalen Gemeinschaftsgüter zu stabilisieren und fair zu nutzen sowie globale Systemrisiken zu beherrschen. Der Weltblick und die Perspektive einer Weltinnenpolitik, die Willy Brandt in seinem Vorwort zum Nord-Süd-Bericht so vehement einfordert, sind also notwendiger denn je.

Die globalen Machtverschiebungen und der Aufstieg der Schwellenländer können zu vielfältigen Konflikten und Machtauseinandersetzungen führen oder aber den Boden für eine „inklusive Weltordnung“ schaffen (Bremmer 2012, Kumar/Messner 2010). Vielleicht wäre es an der Zeit, in Anknüpfung an die Nord-Süd-Kommission, die bereits viele langlebige Ideen zu den normativen und institutionellen Grundlagen einer inklusiven Weltpolitik „für die Menschheit“ vorgedacht hat, und im Anschluss an die Global Governance-Kommission, die Anfang der 1990er Jahre ihre Vorstellungen zu einer „Global Neighborhood“ erarbeitet hat, erneut eine hochrangige Kommission einzuberufen, die die Überlebensfrage der Neuerfindung der (Welt-)Politik im 21. Jahrhundert erneut aufgreift. Diese Kommission müsste sich den Herausforderungen einer entstehenden post-westlichen Weltordnung (Kupchan 2012), den Grenzen des Erdsystems (WBGU 2012, Leggewie/Messner 2012) sowie dem Syndrom aus Armut, Unsicherheit und Staatenzerfall (CISS 2001) stellen. Neue Vorstellungen für globale Kooperationen zur Sicherung der gemeinsamen Lebensgrundlagen der Menschheit wären zu entwickeln. Große Fragen müssten gestellt werden, denen sich die internationale Politik derzeit verweigert. Wie könnte das multilaterale System unter den Bedingungen der Multipolarität neu geordnet und weiterentwickelt werden? Welche Rolle sollen die Regionen in einem System der Global Governance spielen? Wie können

Demokratie sowie zivilgesellschaftliches Engagement mit globaler Politikgestaltung verbunden werden? Wie können in einer post-westlichen Weltordnung gemeinsame Werte entstehen? Welchen globalen Gemeinschaftsgütern soll sich die Weltpolitik primär zuwenden? Können die Städte zu Knotenpunkten globaler Zusammenarbeit werden? Wie kann das Völkerrecht durchgesetzt und die Finanzierung globaler Gemeinschaftsgüter gesichert werden? Wie können die neuen globalen Wissensinfrastrukturen für die Lösung der Zukunftsprobleme genutzt werden? Und schließlich aus europäischer Perspektive: Wie könnte Europa im Übergang zu einer neuen kooperativen Weltordnung eine gestaltende Rolle spielen?

Die Ausgangskordinaten für einen solchen Suchprozess sind im Brandt-Report bereits vorgezeichnet: Für Willy Brandt und seine Mitstreiter ging es „um die Zukunft der Menschheit“, die „Grundlagen globaler Verantwortlichkeit“ und „weltweite Wertevorstellungen“, um die Basis für eine „friedliche Weltzivilisation“ im 21. Jahrhundert zu entwickeln.

Dies ist das große Erbe, das uns der Brandt-Report hinterlässt: die Erkenntnis, dass die Zukunft der Welt und der menschlichen Gesellschaft (endlich auch) aus einer globalen Perspektive betrachtet werden muss und nicht (im Wesentlichen nur) aus den fragmentierten und daher immer bornierten Blickwinkeln von bald 200 Staaten.

Literatur

- Bremmer, Ian (2012): Every Nation for itself: Winners and Losers in the G-Zero World, New York
- Cardoso, Enrique / Faletto, Enzo (1979): Dependency and Development in Latin America, San Francisco
- CEPAL (1990): Transformación productiva con equidad, Santiago de Chile
- Commission on Global Governance (1995): Our Global Neighborhood, Oxford
- Commission on Intervention and State Sovereignty (CISS) (2001): Responsibility to protect, New York
- Esser, Klaus / Hillebrand, Wolfgang / Messner, Dirk / Meyer-Stamer, Jörg (1993): International Competitiveness in Latin America and Asia, London
- Kharas, Homi (2010): The Emerging Middle Classes in Developing Countries, Washington

- Kennedy, Paul / Messner, Dirk / Nuscheler, Franz (2001): Global Trends and Global Governance, London
- Kumar, Ashwani / Messner, Dirk (2010): Power Shifts and Global Governance, London
- Kupchan, Charles (2012): No one's World, New York
- Leggewie, Claus / Messner, Dirk (2012): The Low-carbon Transformation. A Social Science Perspective, Sustainable Energy, Nr. 4/2012
- Meadows, Donella et al. (1972): Limits to Growth, Washington
- Messner, Dirk / Nuscheler, Franz (2000): Weltkonferenzen und Weltberichte. Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion, Bonn
- Nuscheler, Franz (Hrsg.) (2000): Entwicklung und Frieden im 21. Jahrhundert – Zur Wirkungsgeschichte des Brandt-Berichts, Bonn
- Sen, Amarty (2001): Development as Freedom, Oxford
- UNDP (1992): Global Dimensions of Human Development, New York
- UNDP (2013): Rise of the South, New York
- UNICEF (1987): Adjustment with a Human Face, Genf
- WBGU (2012): World in Transition. A Social Contract for Sustainability, Berlin
- World Commission on Environment and Development (1987): Our Common Future, New York
- Zürn, Michael (1998): Regieren jenseits des Nationalstaats, Baden-Baden



9. Dezember 1977: Willy Brandt eröffnet die konstituierende Sitzung der Nord-Süd-Kommission auf Schloss Gymnich bei Bonn.

WILLY BRANDT

„DAS ÜBERLEBEN SICHERN“ – DIE EINLEITUNG ZUM NORD-SÜD-BERICHT

Im Sommer 1978 – ein halbes Jahr, nachdem wir mit unserer Arbeit begonnen hatten – erhielt ich von einem befreundeten Staatsmann in Afrika eine ermutigende Botschaft: Unsere Kommission, so schrieb er, könne dazu beitragen, weltweite Wertvorstellungen zu entwickeln.

Es ist nicht an mir zu beurteilen, ob und inwieweit es uns gelungen ist, so hohen Erwartungen gerecht zu werden. Jedenfalls behandelt dieser Bericht einige der Notwendigkeiten, denen die Welt in den 80er Jahren gegenübersteht. Er erörtert die Nord-Süd-Beziehungen als die große soziale Herausforderung unserer Zeit. Wir wollen die Überzeugung deutlich machen, dass die beiden vor uns liegenden Jahrzehnte für die Menschheit von schicksalhafter Bedeutung sein werden. Wir möchten auf diese Weise das Bewusstsein verantwortungsbereiter Bürger in allen Teilen dieser Welt dafür schärfen, dass sich in diesem Zeitraum viele Probleme von globalen Ausmaßen zuspitzen werden. Gleichzeitig werfen wir Fragen auf, die es umgehend zu beantworten gilt, lange bevor wir das Ende dieses Jahrhunderts erreicht haben.

Dieser Bericht handelt von großen Gefahren, aber er gibt sich keinem Fatalismus hin, sondern wendet sich gegen die Neigung, die Dinge laufen zu lassen. Er will nachweisen, dass die tödlichen Bedrohungen, denen unsere Kinder und Enkel ausgesetzt sind, abgewendet werden können. Und dass wir eine gute Chance haben – ob wir im Norden oder Süden leben, im Osten oder Westen –, wenn wir sie zu nutzen bereit sind. Wenn wir entschlossen sind, die Zukunft der Welt so zu gestalten, dass sie durch Frieden und Wohlfahrt, durch Solidarität und Würde geprägt sein wird.

Die an mich gerichtete Aufforderung, diese Unabhängige Kommission zusammenzubringen, war der Beginn einer faszinierenden Erfahrung. Für mich wie für andere ist sie zu einem unvergesslichen Lernerlebnis geworden. Dabei war unser Vorteil, dass wir frei sein konnten von nationalen Prestigeerwägungen und unabhängig von Weisungen jedweder Art. Wir hatten natürlich nicht die Absicht, uns an die Stelle von Regierungen oder internationalen Einrichtungen zu setzen. Doch wollten wir diejenigen unterstützen, die Entscheidungen zu treffen haben,

und uns zugleich an die Öffentlichkeit wenden, auf welche die Entscheidungsträger letztlich angewiesen sind.

Wir, die wir in dieser Kommission zusammenarbeiteten, kamen nicht nur aus vielen Teilen der Welt. Wir repräsentierten nicht nur unterschiedliche Überzeugungen, sondern auch voneinander abweichende Erfahrungen, die sich aus mannigfachen Verantwortlichkeiten im politischen und wirtschaftlichen Leben ergaben. Als wir einzelne Sachfragen behandelten und erörterten, stellten wir fest, dass wir begonnen hatten, zunehmend eine gemeinsame Vorstellung von der Welt zu entwickeln, die wir erstreben, und dass wir uns auch über manche der vorrangigen Probleme einig waren, die gelöst werden müssen, wenn aus unseren Hoffnungen Wirklichkeit werden soll. Dies war bemerkenswert: Eine Übereinstimmung von Ansichten bildete sich heraus.

Als wir im Dezember 1977 in der Nähe Bonns erstmals zusammentrafen, betrachteten wir es als unsere Aufgabe – wie wir es in unserem Arbeitsmandat festhielten – „die ernstesten Probleme von globalen Ausmaßen zu untersuchen, wie sie sich aus den wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichten der Weltgemeinschaft ergeben“, und wir versprachen, „Wege dafür aufzuzeigen, wie angemessene Lösungen für die Entwicklungsprobleme und zur Überwindung der Armut vorangetrieben werden können.“

Als wir unsere Schlussfolgerungen erörterten, verband uns ein noch stärkeres Gefühl, dass die Neugestaltung der weltweiten Nord-Süd-Beziehungen für die Zukunft der Menschheit zu einer Frage von schicksalsschwerer Bedeutung geworden sei. Gleichrangig mit der Notwendigkeit, den Gefahren weiteren Wettrennens entgegenzutreten, meinten wir, dies stelle die größte Herausforderung an die Menschheit für den Rest dieses Jahrhunderts dar. Wir waren uns dabei der Tatsache bewusst, dass das Konzept einer globalen Verantwortlichkeit für wirtschaftliche und soziale Entwicklungen vergleichsweise neu ist und im Verhältnis der Staaten zueinander nicht viel mehr als eine Generation zurückreicht. Es war das Konzept der Vereinten Nationen, das – 1945, gegen Ende des Zweiten Weltkrieges – Hoffnung (und Illusionen) auf eine internationale Gemeinschaft weckte, die durch Ausgleich und Gerechtigkeit geprägt sein sollte.

Über einen Zeitraum von zwei Jahren und bei einer Reihe intensiver Tagungen haben wir ein weites Feld von Fragen behandelt, verständigten uns auf viele Vorschläge, blieben auf einigen Gebieten unterschiedlicher Meinung. Unser Bericht ist nicht als technisches Expertenpapier gedacht. Hinsichtlich der Grundausrichtung unserer Empfehlungen und des Prioritätenprogramms in unserem

abschließenden Kapitel befinden wir uns in voller Übereinstimmung. Auch die übrigen Kapitel sind das Ergebnis unseres gemeinsamen Nachdenkens. Allerdings bedeutet dies nicht, dass sich jeder von uns mit jedem einzelnen Satz identifiziert.

Bevor ich mich nun auch im Namen meiner Kollegen äußere, denen ich mich sehr verpflichtet weiß, seien einige Bemerkungen in eigener Sache gestattet. Als jemand nach meiner Legitimation fragte, einer solchen Kommission vorzusitzen, war ich nicht überrascht. In aller Offenheit: Mein Werdegang musste mich nicht unbedingt für die Aufgabe qualifizieren. Doch mag die Erkenntnis eigener Mängel helfen, wenn man sich mit der Bitte um Aufmerksamkeit an die Mitbürger wendet.

Als junger Journalist, der sich gegen die Diktatur auflehnte, war ich nicht blind gegenüber den Problemen des Kolonialismus und den Kämpfen um Unabhängigkeit. Auch während des Zweiten Weltkrieges beschäftigte ich mich in meinem skandinavischen Exil mit Fragen der Entkolonialisierung und der Entwicklung im Hinblick auf eine neue internationale Ordnung. Ich traf Nehru³, Nasser⁴, Tito⁵ und andere führende Persönlichkeiten zu einer Zeit, als die meisten Leute – jedenfalls in unserem Umfeld – von der Dritten Welt oder gar dem Beginn einer Bewegung der Blockfreien noch nichts gehört hatten. Durch Lektüre, Reisen und Gespräche habe ich einiges über Asien und Lateinamerika, Afrika und den Nahen Osten gelernt. Und ich hatte das Doppelproblem von Entkolonialisierung und Entwicklung weder aus den Augen verloren, als ich 1971 für den Friedensnobelpreis dankte, noch als ich knapp zwei Jahre später aus Anlass des Beitritts meines Landes zu den Vereinten Nationen vor der Vollversammlung sprach, noch bei anderen Gelegenheiten, die folgten. Und dennoch bleibt wahr, dass es in meiner Zeit als Bundeskanzler andere Prioritäten waren, die mich in Anspruch nahmen und davon abhielten, den Nord-Süd-Fragen gerecht zu werden. Es ist gewiss so,

³ Pandit Nehru (1889–1964), indischer Politiker und von 1947 bis 1964 erster Ministerpräsident Indiens. Alle folgenden Kommentare wurden vom Schriftleiter eingefügt.

⁴ Gamal Abdel Nasser (1918–1970), ägyptischer Oberst und zwischen 1954 und 1970 Staatspräsident von Ägypten sowie während der Vereinigung mit Syrien Präsident der Vereinigten Arabischen Republik.

⁵ Josip Broz Tito (1892–1980), im Zweiten Weltkrieg Führer der kommunistischen Partisanen im Kampf gegen die deutschen und italienischen Besatzer Jugoslawiens, später langjähriger Präsident des Landes.

dass ich denjenigen Kollegen nicht hinreichend Aufmerksamkeit widmete, die unsere Prioritäten überprüfen und ergänzen wollten.

Gleichwohl war ich bemüht, mich über neue Ansätze zur Entwicklungspolitik auf dem laufenden zu halten. So erfuhr ich 1974 und 1975 von den Präsidenten Algeriens und Mexikos über bedeutende Initiativen, die einer neuen internationalen Ordnung zugutekommen sollten. Doch diejenigen, welche mir die Aufgabe antrugen, diese Kommission zu bilden und zu leiten, mögen mehr den Beitrag im Auge gehabt haben, den ich auf dem Gebiet der Ostpolitik zu leisten vermochte. Damals standen wir vor dem Problem: Ließ es sich machen, eine unfruchtbare und gefährliche Konfrontation zwischen Teilen Europas zumindest in einigen Bereichen durch sinnvolle und realistische Zusammenarbeit abzulösen? Würde man in der Lage sein, unter der schweren Last nicht zu vereinbarender ideologischer Gegensätze solche Gebiete zu entdecken, auf denen gemeinsame Interessen zur Geltung kommen könnten?

Die Ergebnisse haben gezeigt, dass Frieden und Zusammenarbeit in Europa gefördert wurden, obwohl auf dem Feld der Rüstungsbegrenzung bislang sehr wenig erreicht worden ist. Dennoch besagt die Lehre, die ich mir zueigen gemacht habe: Man kann die Dinge bewegen, wenn es gelingt, praktische und vertrauensbildende Vereinbarungen zu treffen, so dass alte Konflikte nicht zu neuen führen, sondern das politische Klima verbessert wird. Unter gewissen Bedingungen mag man sogar in der Lage sein, den Charakter eines Konflikts zu verändern. Dies war in der Tat ein Stück Erfahrung, von dem ich meinte, dass es in unserer Befassung mit den Nord-Süd-Problemen sinnvoll einbezogen werden sollte.

Von der Notwendigkeit des Umdenkens

Von einem Nord-Süd-Dialog ist schon viel die Rede gewesen, und es hat gewiss ernsthafte Beiträge gegeben. Doch sind furchtbar viele Gelegenheiten verpasst worden, und viel Porzellan ist in die Brüche gegangen. Die ernstesten Konfliktpunkte, die reiche und arme Länder trennen, werden sicher nicht durch Vorurteile gelöst, auch nicht durch Wunschenken. Sie müssen angegangen werden in dem Willen, gefährliche Spannungen zu überwinden und bedeutende, nützliche Ergebnisse herbeizuführen für Staaten und Regionen und vor allen Dingen für die Menschen in allen Teilen der Welt. Die ermüdende Wiederholung von Leerformeln führt zu nichts. Damit wird Zeit nicht gewonnen, sondern verschwendet.

Ich unterstreiche: Es geht um die Einbeziehung aller Teile der Welt. Unsere Kommission wollte sich weder in Polemik verlieren noch schwierigen Themen

ausweichen. Im Interesse globaler Bedürfnisse und universaler Anstrengungen sprechen wir uns auch dafür aus, dass die Sowjetunion und ihre Verbündeten weit stärkere entwicklungspolitische Bemühungen unternehmen und in diese einbezogen werden sollten. Für nicht weniger wichtig halten wir es, dass die Volksrepublik China zu intensiverer Zusammenarbeit eingeladen wird und andere an den Erfahrungen teilhaben lässt, die sie als das bei weitem größte Entwicklungsland gesammelt hat. Hochrangige Kontakte mit diesen Ländern und Expertengespräche in einigen ihrer Hauptstädte sollten unseren Willen unterstreichen, einen Schritt weiter zu gehen, als es die Pearson-Kommission⁶ vor einem Jahrzehnt für möglich gehalten hatte.

Unsere Kommission war sich einig in der Notwendigkeit, durch ein gründliches Neuüberdenken zu einer anderen Art von Beziehungen zu gelangen, die allen Staaten zugute kommen würden. Zu einer solchen qualitativen Veränderung könnte es im restlichen Verlauf dieses Jahrhunderts kommen, wenn sich bei den Regierungen der Industrie- und der Entwicklungsländer die Überzeugung durchsetzt, dass die Zeit zu gemeinsamem Handeln gekommen ist. Schließlich sollte man nicht die Hoffnung aufgeben, dass Probleme, die von Menschen geschaffen werden, auch durch Menschen gelöst werden können.

Dies erfordert Verständnis, Engagement und Solidarität – im Verhältnis zwischen Menschen, Völkern und ihren Staaten. Aber dies kann nur erreicht werden mit einem Sinn für das, was möglich ist, und mit einem Gefühl für Interessen, die miteinander verzahnt, wenn auch nicht voll deckungsgleich sind. Dies erfordert auch Mut und eine Vision von der Zukunft, ohne die große Aufgaben noch nie haben gelöst werden können. Und dies muss getragen sein durch gegenseitige Achtung, Aufgeschlossenheit und Aufrichtigkeit; mit der Bereitschaft, Kritik nicht nur vorzubringen, sondern auch anzuhören und ernstzunehmen. Wandel und Reform können sich nicht wie in einer Einbahnstraße vollziehen. Sie müssen unterstützt werden von Regierungen und Völkern sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern. Wenn wir es ehrlich meinen und die

⁶ Im Jahre 1969 von einer Expertenkommission der Weltbank unter Leitung des ehemaligen kanadischen Premierministers Pearson vorgelegte Bestandsaufnahme zur Entwicklungshilfe. Der Bericht schloss mit der Empfehlung, dass die offizielle Entwicklungshilfe auf 0,7% des Bruttonationaleinkommens eines jeden Geberlandes erhöht werden sollte – ein Wert, der bis heute in keinem Land erreicht wurde.

internationale Verständigung fördern wollen, dann dürfen wir keiner freimütigen Diskussion ausweichen. Verschwendung und Korruption, Unterdrückung und Gewalttätigkeit sind unglücklicherweise vielerorts in der Welt anzutreffen. Die Arbeiten an einer neuen internationalen Ordnung können nicht warten, bis diese und andere Übel überwunden sein werden. Wir aus dem Süden und aus dem Norden sollten offen miteinander sprechen über den Machtmissbrauch durch Eliten, den Ausbruch von Fanatismus, das millionenfache Elend von Flüchtlingen, oder andere Verletzungen von Menschenrechten, die im Widerspruch stehen zu Gerechtigkeit und Solidarität, sei es im eigenen Land oder bei anderen.

Dieser Bericht wird formell dem Generalsekretär der Vereinten Nationen überreicht und durch ihn auch Regierungen und internationalen Organisationen. Aber gleichzeitig hoffen wir, aufgeschlossene und verantwortungsbewusste Frauen und Männer überall in der Welt zu erreichen. Wir haben unseren Ehrgeiz daran gesetzt, einfache Menschen besser verstehen zu lassen, wie sehr ihre Arbeitsplätze und ihr tägliches Leben mit dem verwoben sind, was in anderen Teilen der Welt vor sich geht. Wir bitten unsere Mitmenschen, die Dinge neu zu durchdenken und mitzuempfinden, mitmenschlich zu handeln und so eine gemeinsame Zukunft sichern zu helfen.

In dem Arbeitsmandat unserer Kommission stellten wir uns vor allem die Aufgabe, die Entscheidungsträger und die öffentliche Meinung davon zu überzeugen, „dass tiefgreifende Veränderungen in den internationalen, besonders den weltwirtschaftlichen Beziehungen notwendig sind“. Dabei vereinbarten wir auch, „die Entschlüsse der Vereinten Nationen zu Entwicklungsproblemen sowie andere Fragen, die in den letzten Jahren auf internationalen Foren behandelt wurden“, sorgfältig zu beachten.

Die meisten Menschen wissen, dass das gegenwärtige System internationaler Institutionen am Ende des Zweiten Weltkrieges, also vor 35 Jahren, geschaffen wurde. Und auch, dass sich „der Süden“ – dessen Länder zumeist erst spät auf der internationalen Szene erschienen – zahlreichen Benachteiligungen gegenüber sieht, die grundlegender Korrektur bedürfen. Hieraus erklärt sich die Forderung nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung. Natürlich vollzieht sich ein grundlegender Wandel nicht auf dem Papier, sondern in Gestalt eines historischen Prozesses, der in gewisser Hinsicht widerspiegelt, was sich in den Köpfen von Menschen vollzieht oder dort vorgeformt worden ist.

Wir erwarten viel von jenen innerhalb der nachrückenden jungen Generation, die bald in entscheidendem Maße politische Verantwortung tragen werden. Wir

hoffen, dass sie sich verstärkt bewusst werden, wie sehr es um lebendige Menschen zu gehen hat, nicht um blutleere Abstraktionen oder Institutionen, die sich selbst genug sind. Gleichfalls hoffen wir, dass die Jüngeren menschliche Werte wichtiger nehmen als bürokratische Regelungen und technokratische „Sachzwänge“.

Weiter sind wir davon überzeugt, dass die Erziehung eine große Rolle zu spielen hat: eine bessere Kenntnis internationaler Vorgänge – und nicht zuletzt der Nord-Süd-Fragen – wird unseren Blick weiten, die Anteilnahme am Schicksal anderer Völker, selbst solcher, die weit entfernt sind, zu etwas machen, das uns selbst angeht, und das Bewusstsein dafür schärfen, dass es viele Probleme gibt, die im gemeinsamen Interesse gelöst werden müssen. Die Kommission meint, dass die Schulen überall in der Welt den internationalen Problemen mehr Aufmerksamkeit widmen und mehr Bedeutung beimessen sollten, damit junge Menschen die sie bedrohenden Gefahren klarer erkennen und ihre eigene Verantwortung sowie die Chancen der Zusammenarbeit stärker empfinden, sei es auf weltweiter, auf regionaler Ebene oder in der Nachbarschaft.

Es besteht die reale Gefahr, dass im Jahre 2000 ein großer Teil der Weltbevölkerung weiterhin in Armut lebt. Es ist möglich, dass die Welt überbevölkert sein wird, und man wird es zweifellos mit einem Übermaß an Verstädterung zu tun haben. Hungerkatastrophen und zerstörerische Gefahren werden immer wahrscheinlicher, falls nicht ein neuer großer Krieg bereits die Grundlage dessen zerstört hat, was wir Welt-Zivilisation nennen.

Es geht um mehr als Ökonomie. Wir sind uns bewusst, dass unser Bericht zu einem Zeitpunkt veröffentlicht wird, zu dem man in den reicheren Ländern tief besorgt ist über die schwindende Stabilität der internationalen Beziehungen und die Aussichten für eine anhaltende Rezession.

Wir sind überzeugt, dass die heutigen Schwierigkeiten ernsterer Natur sind als frühere Rezessionen und Wirtschaftskrisen. So zu tun, als könnten die heutigen Probleme mit den konventionellen Mitteln früherer Jahrzehnte gemeistert werden, wäre gefährlich und unredlich.

Viele derer, die Regierungsverantwortung tragen, aber auch andere, mögen meinen, dass dies der denkbar ungünstigste Augenblick ist, radikale Reformen zur Diskussion zu stellen. Manche werden sich fragen: Wie kann man von den Industriestaaten, die mit eigenen Problemen stark beschäftigt sind, erwarten, dass sie weitreichende und mutige Schritte tun, um die Zusammenarbeit mit der Welt der Entwicklungsländer wesentlich auszubauen? Aber wir sind der

Überzeugung, dass man gerade in einer solchen Krisenzeit die grundlegenden Weltprobleme erkennen und mutige Initiativen ergreifen muss.

Wir sehen Zeichen für ein neues Bewusstsein, dass die Menschheit eine Gemeinschaft wird. Aber bislang sind diese ermutigenden Tendenzen nicht stark genug, sich gegen den Strom zu behaupten. In dieser kurzen Zeit, seit die Kommission Ende 1977 zuerst zusammenkam, hat sich die internationale Lage weiter verschlechtert. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass die Zukunft der Welt selten so bedroht erschien. Aber es wäre andererseits ein Irrtum anzunehmen, alle Probleme der Welt ließen sich auf den Konflikt zwischen Nord und Süd zurückführen.

Unsere Welt ist vielgesichtiger, und die weltweite Entwicklung ist natürlich auch nicht nur ein ökonomischer Prozess. Wie ein Mitglied der Kommission gegen Ende unserer Beratungen bemerkte: Die zukünftigen Generationen in aller Welt bräuchten nicht nur wirtschaftliche Lösungen. Hinzu kommen müssten neue Ideen, um sie zu inspirieren, Hoffnungen, um sie zu ermutigen, und erste Schritte, um die Ideen und Hoffnungen umzusetzen. Was gebraucht werde, sei ein neuer Glaube an den Menschen, an seine Würde und seine fundamentalen Rechte; ein Glaube an die Werte von Gerechtigkeit, Freiheit, Frieden, gegenseitigen Respekt, an Liebe und Freigiebigkeit, an Vernunft statt an Gewalt.

Während das Ringen um neue Strukturen der internationalen Beziehungen fort dauert, beginnt man nicht-ökonomische Erwägungen ernster zu nehmen: religiöse und ethnische Faktoren, Fragen der Erziehung und der öffentlichen Meinung. Frieden ist das Ziel aller Religionen, Glaubensrichtungen, philosophischen Grundhaltungen. Er ist der große Wunsch aller Rassen, Nationen und Weltanschauungen. Sollte es unmöglich sein, hieraus eine gemeinsame Leidenschaft für den Frieden abzuleiten und daraus den emotionalen und moralischen Antrieb für die Aufgaben werden zu lassen, auf deren Bedeutung wir hinweisen? Doch auch hier sollte man sich von Illusionen freihalten. Frieden, Versöhnung und andere gemeinsame Werte entwickeln sich nicht automatisch. Entwicklung im weiteren Sinn, als ein anderes Wort für Frieden, kann uns in die Lage versetzen, Konflikte zu erkennen und mit ihnen in einer Weise umzugehen, dass ein Umschlag in militärische oder wirtschaftliche Kriege unwahrscheinlicher wird. Es muss möglich sein, der Idee von einer weltumfassenden Gemeinschaft Raum zu geben oder zumindest eine weltweite gemeinsame Verantwortung zu entwickeln, die sich auf die Erfahrungen regionaler Gemeinschaften gründet.

Es scheint eine ständige Aufgabe für die Menschheit zu sein, aus Widersprüchen

heraus Ordnung werden zu lassen. Bemühungen, die darauf abzielen, die internationalen Beziehungen neu zu ordnen, werden immer dann gefördert, wenn sie sich auf ähnliche Wertvorstellungen stützen. Die Impulse, die von den Kirchen und Religionsgemeinschaften oder vom Humanismus ausgehen, können die weltweite Solidarität stärken und dazu beitragen, die Nord-Süd-Probleme lösen zu helfen.

Zerstörung oder Entwicklung?

Unser Bericht gründet sich auf das wohl einfachste gemeinsame Interesse: dass die Menschheit überleben will und – wie man hinzufügen könnte – auch die moralische Pflicht zum Überleben hat. Dies wirft nicht nur die klassischen Fragen nach Krieg und Frieden auf, sondern schließt auch ein, wie man den Hunger in der Welt besiegt, wie man das Massenelend überwindet und die herausfordernden Ungleichheiten in den Lebensbedingungen zwischen Reichen und Armen. Auf einen einfachen Nenner gebracht: Dieser Bericht handelt vom Frieden.

Kriege werden zumeist noch unter dem Blickwinkel militärischer Konflikte oder Zerstörung betrachtet. Doch gewinnt mehr und mehr die Einsicht Raum, dass auch Chaos ähnliche Gefahrenquellen darstellen kann – sei es als Ergebnis von Massenhunger, wirtschaftlicher Zusammenbrüche, Umweltkatastrophen, oder auch von Terrorismus. Wir sind daher nicht nur aufgefordert, die gewissermaßen klassischen Ursachen der Friedensbedrohung zu mindern, sondern sind auch aufgefordert, aus Chaos Ordnung werden zu lassen.

Zu Beginn eines neuen Jahrzehnts, und nur zwanzig Jahre von der Jahrtausendwende entfernt, sollten wir uns über die allzu alltäglichen Streitigkeiten (oder Verhandlungen) erheben und die bedrohlichen langfristigen Probleme klarer erkennen. Wir sehen vor und um uns eine Welt mit riesigen Gebieten, in denen Armut und Hunger herrschen; eine Welt, in der Rohstoffe ohne Rücksicht darauf verschwendet werden, ob sie „nachwachsen“; in der mehr Waffen produziert und verkauft werden als jemals zuvor; wo eine Zerstörungskraft angehäuft worden ist, die ausreicht, unseren Planeten gleich mehrmals in die Luft zu jagen.

Es gibt keine vernünftige Alternative zu einer Politik, die Spannungen abbaut und ein höheres Maß an Zusammenarbeit bewirkt. Die Vorstellung, dass schnelle Lösungen möglich seien, ist illusionär. Doch sollte man unterstreichen, wie wichtig es ist, mehr Vertrauen aufzubauen und die weiter heraufschnellende Spirale hochmoderner und teurer Waffen in den Griff zu bekommen. Machtpolitische und ideologische Gegensätze können zu gefährlichen, bewaffneten

Auseinandersetzungen führen. Wir kennen die Versuche und Anstrengungen, die unternommen worden sind, um Spannungen in gefährlichen Bereichen der Ost-West-Beziehungen abzubauen. Doch die Herstellung und der Verkauf von Waffen nehmen weiter zu und können leicht außer Kontrolle geraten. Es kann sehr wohl sein, dass wir längst dabei sind, uns zu Tode zu rüsten.

Die Zusammenhänge zwischen Rüstung und Entwicklung liegen weitgehend noch im Dunkeln. Nur langsam wird den Menschen klar, welche Aussichten sich eröffnen könnten, wenn es gelänge, auch nur einen Teil der unproduktiven Ausgaben für Waffen in produktive Aufwendungen für Entwicklungsaufgaben umzu lenken. Die jährlichen Rüstungsausgaben nähern sich der Summe von 450 Milliarden US-Dollar (das sind mehr als zwei Milliarden DM pro Tag)⁷, während die Ausgaben für staatliche Entwicklungshilfe weniger als 5 Prozent dieser Aufwendungen ausmachen. Vier Beispiele:

1. Die Militärausgaben allein eines halben Tages würden ausreichen, um das gesamte Programm der Weltgesundheitsorganisation zur Ausrottung der Malaria zu finanzieren. Noch weniger würde benötigt, um die Flussblindheit zu besiegen, die immer noch eine Geißel für Millionen Menschen darstellt.

2. Ein moderner Panzer kostet etwa eine Million Dollar. Mit diesem Geld könnte man die Lagermöglichkeiten von 100.000 Tonnen Reis so verbessern, dass der Verderb von jährlich 4.000 Tonnen oder mehr ausgeschaltet würde. (Ein Mensch kann mit gut einem Pfund Reis am Tag leben.) Mit demselben Geld könnte man auch 1.000 Klassenräume für 30.000 Schulkinder errichten.

3. Für den Preis nur eines Kampfflugzeuges (20 Millionen US-Dollar) könnte man etwa 40.000 Dorfbibliotheken errichten.

4. Mit der Hälfte von einem Prozent der jährlichen Rüstungsausgaben könnte man all die landwirtschaftlichen Geräte anschaffen, die erforderlich sind, um in den armen Ländern mit Nahrungsmitteldefizit die Agrarproduktion bis 1990 zu verbessern und sogar die Selbstversorgung zu erreichen.

Dürften wir von einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ sprechen, wenn damit nicht wesentliche Fortschritte auf dem Wege zur Abrüstung verbunden wären?

⁷ Nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI sind die weltweiten Rüstungsausgaben seit 1980 regelmäßig um rd. 5 Prozent pro Jahr gestiegen. Sie lagen im Jahr 2011 bei 1,74 Billionen US-Dollar. 2012 sind die weltweiten Rüstungsausgaben vor dem Hintergrund der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise gegenüber dem Vorjahr erstmals leicht gesunken: um 0,5 Prozent.

Vereinbarungen über die Begrenzung interkontinentaler Zerstörungswaffen sind zu begrüßen, doch kann dies wirkliche Abrüstung nicht ersetzen.

Vor dem Hintergrund hochgerüsteter Militärblöcke hat in den vergangenen dreißig Jahren „Frieden“ auf der nördlichen Halbkugel geherrscht, während die südliche Hälfte dieser Welt unter den Ausbrüchen gewaltsamer Unruhen und militärischer Zusammenstöße zu leiden hatte. Manche Länder der Dritten Welt haben ihre Waffenarsenale erheblich aufgestockt – in einigen Fällen, um ihre legitimen oder verständlichen Sicherheitsinteressen wahrzunehmen, zuweilen aber auch aus Prestige Gründen und weil sie durch waffenproduzierende Länder zu weiterer Rüstung verleitet wurden. Das Waffengeschäft hat sich als überaus lohnend erwiesen, und zwar für alte wie für neue Lieferanten, die miteinander ein kaum vorstellbares Zerstörungspotential über den Erdball verstreut haben. Ist es nicht mindestens makaber, dass sich der rascheste und dynamischste Transfer an hochmoderner Ausrüstung und Technologie von reichen zu armen Ländern im Bereich von Todesmaschinen vollzogen hat?

Wenn sogenannte Großmächte, besonders die nuklearen Supermächte, in Konflikte in anderen Erdteilen verwickelt werden, so ist das Risiko der Eskalation offenkundig. Wir stimmen mit denen überein, die vor Interventionismus – gleich von welcher Seite – warnen. Energie- und Rohstoffprobleme eignen sich nicht für militärische Lösungen.

Andererseits macht es die offene Verletzung international festgelegter Rechtsbestimmungen oder Verhaltensweisen gewiss nicht leichter, bilaterale Streitigkeiten beizulegen oder multilaterale Probleme zu lösen. Man sollte die Nord-Süd-Beziehungen als das sehen, was sie sind, nämlich eine neue, geschichtliche Dimension für die aktive Sicherung des Friedens. Statt dessen erleben wir, wie die Spannungen zwischen Nord- und Süd die Ost-West-Gegensätze verschärfen. Und niemand wird mehr übersehen, wie leicht Länder der Dritten Welt zu Konfliktherden zwischen den Weltmächten werden.

Solche Spannungen gefährden nicht nur den Frieden, sondern sie stören auch die Entwicklung sinnvoller Wirtschaftsbeziehungen und machen wirtschaftliches Wachstum fast unmöglich. Das ist einer der Gründe, warum wir fragen: Wann endlich werden die waffenproduzierenden Länder bereit sein – im Rahmen der Vereinten Nationen oder im direkten Verhältnis zueinander – gewissen Verhaltensregeln zuzustimmen? Sie könnten sich erstrecken von der Offenlegung der Exporte, sowohl von Waffen wie von entsprechenden Anlagen, bis zu nichtdiskriminierenden Vereinbarungen, durch die gewisse Waffen von Export

ausgeschlossen oder Waffenlieferungen in bestimmte Gebiete verhindert würden. Dabei sollte man sich bewusst sein, dass Waffenexporte inzwischen nicht mehr ausschließlich aus dem „Norden“ kommen.

Der Frieden kann gefestigt werden, indem man eine systematische Zusammenarbeit mit klar umrissenen Zielen fördert, Vertrauen schafft, die Rüstungen kontrolliert und vermindert und indem man sich von ideologischem Ballast befreit. Den Menschen muss der Zusammenhang zwischen Fragen der Abrüstung und der Entwicklung klargemacht werden. Die Triebkräfte für Macht, Einfluss und Geschäft – auch das absurde Prestige, das dem Waffengeschäft zugrunde liegt – müssen so umgelenkt werden, dass sie der Entwicklung zugutekommen und zu einer Quelle berechtigten Stolzes werden können.

Es spricht eine ganze Menge für ein „Programm des Überlebens“, und zwar auf der Grundlage einigender und zusammenführender Ziele. Was wir anstreben sollten, ist eine Weltgemeinschaft, die sich auf Verträge gründet statt auf Rang, auf Konsensus statt auf Zwang.

Schluss mit Armut und Hunger

Es ist eine Frage der Humanität, Hunger und Elend auf dem Weg ins nächste Jahrhundert zu besiegen und damit jene Futurologen zu widerlegen, die uns sagen, auch beim Übergang ins 21. Jahrhundert hätten wir uns mit der Not Hunderter von Millionen Menschen abzufinden, die zu verhungern drohen oder an vermeidbaren Krankheiten leiden.

Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) hat geschätzt, dass allein 1978 mehr als 12 Millionen Kinder unter fünf Jahren an Hunger gestorben sind. Und dass die Vereinten Nationen 1979 zum „Jahr des Kindes“ erklärt hatten, wird diese bestürzenden Zahlen nicht zum Besseren gewendet haben.⁸

Die Geschichte hat uns gelehrt, dass Kriege Hunger nach sich ziehen, aber weniger bewusst ist uns, dass Massenarmut ihrerseits zu Krieg führen oder in Chaos enden kann. Wo Hunger herrscht, kann Friede nicht Bestand haben. Wer den Krieg ächten will, muss auch die Massenarmut bannen. Im moralischen Sinn macht es keinen Unterschied, ob ein Mensch im Krieg getötet wird oder durch die Gleichgültigkeit anderer zum Hungertod verurteilt ist.

⁸ Im Jahr 2012 erlitten nach Angaben von UNICEF 2,6 Millionen Kinder dieses Schicksal; eines von sechs Kindern gilt bis heute in den Entwicklungsländern als unterernährt.

Noch nie hat die Menschheit über so vielfältige technische und finanzielle Ressourcen verfügt, um mit Hunger und Armut fertigzuwerden. Die gewaltige Aufgabe lässt sich meistern, wenn der notwendige gemeinsame Wille mobilisiert wird. Was notwendig ist, kann und muss getan werden, um die Bedingungen zu schaffen, die arme Menschen vor dem Hungertod und vor zerstörerischer Konfrontation bewahren.

Solidarität unter den Menschen muss über nationale Grenzen hinausreichen; wir dürfen nicht zulassen, dass sie zu einer Leerformel verkrüppelt. Internationale Solidarität muss sich gründen auf starke gemeinsame Interessen an Zusammenarbeit und mitmenschliche Verpflichtung gegenüber denen, die Hunger leiden.

Die Beseitigung von Hunger ist das elementarste der menschlichen Grundbedürfnisse. Daher messen wir der Steigerung der internationalen Nahrungsmittelproduktion und der Förderung der Landwirtschaft so große Bedeutung bei, und zwar in jenen vielen Teilen der Welt, die in bedenklichem Ausmaß davon abhängig geworden sind, Lebensmittel einzuführen.

Qualität des Lebens ist ohne Gesundheit nicht denkbar, und diese hängt wiederum ab von ausreichender Ernährung und einer gesunden Umwelt. Notwendig sind ebenso mehr Forschung und Mittel, mit denen die Krankheiten der Menschen in den armen Ländern bekämpft werden können. Gesundheitsvorsorge, soziale Entwicklung und wirtschaftlicher Fortschritt müssen in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit gesehen und vorangebracht werden, wenn es gelingen soll, unsere Ziele für das Jahr 2000 zu erreichen.

Auch Analphabetentum bedeutet eine ungeheure Verschwendung menschlichen Leistungsvermögens. Bildung – die mehr ist als die bloße Fähigkeit zu lesen und zu schreiben – weckt das Bewusstsein der Menschen und macht es ihnen möglich, wirksamer am Gemeinschaftsleben teilzunehmen. Damit ist auch sie eine Voraussetzung für den Kampf gegen Hunger und Krankheit.

Wir möchten unterstreichen, dass menschliche Grundbedürfnisse nur durch die schöpferische Kraft einer Gesellschaft befriedigt werden können, die sich dies zum Ziel gesetzt hat. Für die Entwicklungsländer – und besonders die ärmsten unter ihnen – ist das nur möglich, wenn sie in die Lage versetzt werden, ihre eigenen schöpferischen Kräfte aufzubauen und zu entwickeln. Wir unterstützen daher zusätzliche und unverzügliche Maßnahmen zugunsten dieser Länder. In unserem Bericht schlagen wir vor, dass solche Anstrengungen unter anderem die Bereiche Gesundheit, Wiederaufforstung, Flußbecken-Projekte, Entwicklung von Energie und Erforschung von Mineralvorkommen umfassen sollten. Diese

vorrangigen Programme bilden ein weiteres Bündel von Maßnahmen, die bis zum Jahre 2000 angepackt sein sollten.

Die führenden Kräfte im Süden werden die Hauptlast der Verantwortung zu tragen haben. Dabei sollten sie auch vor Augen haben, wie wichtig es ist, die öffentliche Meinung im Norden davon zu überzeugen, dass internationale Reformmaßnahmen die Lebensbedingungen der breiten Schichten ihrer Völker tatsächlich verbessern.

Es wäre allerdings unrealistisch anzunehmen, Gerechtigkeit und Wohlfahrt könnten durch internationale Entschlüsse leichter herbeigeführt werden, als dies durch nationale Entscheidungen möglich ist. Die Arbeit für neue Regelungen im internationalen wie im nationalen Rahmen gehört zusammen. Und das größte Kompliment, das wir einem Freund machen können, ist aufrichtig zu sein. Die Erfahrung in unserer Kommission, wo wir unterschiedliche Standpunkte freundschaftlich miteinander erörterten, hat uns auch in dieser Hinsicht neue Einsichten vermittelt.

Den Abstand zwischen „armen“ und „reichen“ Völkern zu verringern, Diskriminierungen abzubauen, Schritt für Schritt die Gleichheit der Lebenschancen herbeizuführen – dies alles entspricht nicht nur dem Streben nach Gerechtigkeit, was allein wichtig genug wäre. Es entspricht auch einem gesunden Eigeninteresse, und zwar nicht nur der armen und ärmsten Länder, sondern ebenso derer, denen es besser geht.

Neue Verantwortung

Eine neue Epoche in der Geschichte der Menschheit begann in der Tat, als die Mehrheit der heute bestehenden Staaten in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ihre politische Unabhängigkeit errang. Als Ergebnis der Entkolonialisierung in den meisten Teilen der „Dritten Welt“, wie man diese Länder nun nannte, gerieten gewachsene Machtstrukturen ins Wanken oder brachen gar zusammen; damit entstanden Freiräume, neue politische und wirtschaftliche Gruppierungen bildeten sich heraus. Gleichzeitig sind wir Zeugen, wie alte Kulturen eine Neubelebung erfahren. Und wir beobachten auch, wie es mit abwegigen Überlegenheitskomplexen zu Ende geht.

In der Kommission haben wir es alle zutiefst bedauert, dass der Prozess der Entkolonialisierung noch immer nicht abgeschlossen werden konnte. Und dass deshalb, besonders im südlichen Afrika, wertvolle menschliche Schaffenskraft weiterhin in ihrer Entfaltung gehindert wird. Wir möchten, dass dieser Prozess zu

einem vernünftigen und produktiven Abschluss geführt wird.

Die Länder, die aus der kolonialen Abhängigkeit entlassen und – ob neu oder wiedererstanden – zu selbständigen Staaten wurden, haben darum gerungen, die Gleichheit der Chancen für ihre Entwicklung zu erlangen und Herr im eigenen Hause zu werden, nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich und kulturell. Die neuen Länder machten klar, dass sie über ihre eigenen natürlichen Hilfsquellen verfügen wollten. Sie haben sich bemüht, ihren Anteil an der internationalen Warenproduktion und am Welthandel zu erweitern. Sie haben zugleich geworben für vorteilhafte Formen von Zusammenarbeit, Unterstützung und Ressourcentransfer – finanzielle Entwicklungshilfe, zinsgünstige Kredite, Waren und Technologien – um auch so ihre Armut zu überwinden und Chancengleichheit durchzusetzen.

Seit den 50er Jahren hat es in der internationalen Diskussion einen qualitativen Wandel gegeben. Seinerzeit betrachteten viele in den Industrieländern, aber auch anderswo, das Problem im Lichte einer aufgeklärten Barmherzigkeit. Und diejenigen, die für die Dritte Welt sprachen, hatten durchaus recht mit dem Hinweis, dass ihre Völker – mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln – den Löwenanteil für ihre Erfolge selbst zu verbuchen hatten; Leistungen, für welche Hilfegeber von außen manchmal mehr Lob in Anspruch nehmen wollten, als ihnen zukam.

Es wird immer Raum bleiben für humanitäre Hilfe; wie ich vermute, auch in der denkbar besten Sozialordnung – wieviel mehr dann in einer Welt, die mit so unermesslich großer Not fertig werden muss. Aber die internationale Debatte über Entwicklungsfragen an der Schwelle der 80er Jahre handelt nicht mehr allein oder in erster Linie von „Unterstützung“ und „Hilfe“, sondern von neuen Strukturen. Was heute auf der Tagesordnung steht, handelt von einer Neuordnung der internationalen Beziehungen, vom Errichten einer neuen Ordnung und einer neuen Art, die Entwicklungsprobleme umfassend zu betrachten.

Ein solcher Prozess der Umstrukturierung und der Erneuerung muss getragen sein vom Grundsatz gleicher Rechte und Möglichkeiten: Er sollte hinwirken auf faire Kompromisse, um krasse Ungerechtigkeiten zu beseitigen, nutzlose Streitigkeiten zu vermindern und das miteinander verzahnte Wohlergehen der Völker zu fördern. Die Erfahrung hat gezeigt, dass viel Entschlossenheit und gezielte Anstrengungen nötig sind, um strukturelle Veränderungen herbeizuführen, Veränderung, die von fairer Ausgewogenheit geprägt sind und auf wechselseitigen Vorteil abzielen.

Das Recht, an den Entscheidungsprozessen teilzuhaben, wird von wesentlicher Bedeutung sein, wenn man von den Entwicklungsländern die Bereitschaft erwartet, dass sie einen angemessenen Anteil an der Verantwortung für internationale politische und wirtschaftliche Angelegenheiten übernehmen. Dieses Recht nährt die Erwartungen der Entwicklungsländer in eine neue internationale Ordnung, und jene Erwartungen müssen Gestalt annehmen, wenn die Beziehungen auf eine Grundlage des Vertrauens und der Zuversicht in internationale Zusammenarbeit gestellt werden sollen.

Auf dem Wege zu einer neuen internationalen Ordnung dürfen wir eine der tragischsten Konsequenzen andauernder Konflikte und Spannungen nicht übersehen: nämlich die Millionen von Flüchtlingen, deren Leben enturzelt wurde und die oft verzweifelterm Elend ausgesetzt sind. Um es vielleicht etwas undiplomatisch auszudrücken: Seit den Vernichtungslagern in Europa und der Bombe von Hiroshima ist die Menschheit nie mehr so erniedrigt worden, wie jetzt in Indochina und besonders in Kambodscha.

Die gesamte internationale Staatengemeinschaft muss Verantwortung übernehmen für die Existenzbedingungen jener Mitmenschen, die Opfer von Intoleranz und Brutalität werden. Die Last jener Länder, die in enger Nachbarschaft zu einem Regime leben, das einen Exodus von Flüchtlingen verursacht, sollte im Geiste der Solidarität mitgetragen werden; mitgetragen von denen, die es besser haben.⁹

Hin zu einer Globalisierung der Politik

Ob es uns passt oder nicht: Wir sehen uns mehr und mehr Problemen gegenüber, welche die Menschheit insgesamt angehen, so dass folglich auch die Lösungen hierfür in steigendem Maße internationalisiert werden müssen. Die Globalisierung von Gefahren und Herausforderungen – Krieg, Chaos, Selbstzerstörung – erfordert eine Art „Weltinnenpolitik“, die über den Horizont von Kirchtürmen, aber auch nationale Grenzen weit hinausreicht. Dies vollzieht sich bisher nur im Schnecken-tempo. Weithin herrscht ein defensiver Pragmatismus vor, und dies in einer Zeit, in der die wahren Interessen der Menschen und der Menschheit neue

⁹ Willy Brandt bezieht sich hier auf die ein bis zwei Millionen Flüchtlinge, zumeist vietnamesischer Herkunft, nach dem für die Kommunisten siegreichen Ende des Vietnamkrieges. Nach Schätzungen des UN-Flüchtlingskommissars kamen in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre zwischen 200.000 und 400.000 Flüchtlinge auf dem Meer (Boatpeople) ums Leben.

Perspektiven und weitsichtige Führung erfordern. Das, was man „internationale Gemeinschaft“ nennt, ist immer noch zu sehr abgeschnitten von der Erfahrung der einfachen Leute; es gilt auch umgekehrt.

Das Ausmaß der Probleme nimmt zu, mit denen die Länder, unabhängig von ihrer politischen Ordnung, fertig werden müssen. Man kann von system-überwölbenden Problemen sprechen: von der Energie bis zur Ökologie, von Rüstungsbegrenzung bis zur Umsetzung von Arbeitsplätzen, von der Mikroelektronik bis hin zu neuen wissenschaftlichen Optionen, die sich heute erst in Umrissen andeuten. Ob solche Fragen in Boston oder Moskau, in Rio oder Bombay diskutiert werden, überall gibt es Menschen, die erkennen, dass in einem atemberaubenden Tempo der ganze Erdball betroffen ist: Von den gleichen Problemen der Energieknappheit, der Verstärkung mit Verschmutzung der Umwelt, und einer immer moderneren und komplizierteren Technologie, bei der die menschlichen Werte zu kurz kommen und welche die Menschen nicht mehr richtig handhaben können.

Die Mittel der Kommunikation und die Fähigkeit des Begreifens haben miteinander nicht Schritt gehalten. Tatsächlich haben wir es mit einem Zustand zu tun, bei dem im Norden technologische Neuerungen und materielle Veränderungen weiter vorangeschritten sind, als den meisten Menschen bewusst ist, während im Süden Bewusstsein und Erwartungen vieler Menschen der materiellen Wirklichkeit vorauszuweichen scheinen. Nicht wenige Schriftsteller, Denker, Wissenschaftler haben Warnrufe vermittelt. Ihnen verdanken wir ein neues Empfinden für die Umweltbedrohungen und ökologischen Gefahren, denen unser Planet ausgesetzt ist.

Im wichtigsten Bereich, nämlich beim Verbrauch von Brennstoffen, verhält sich die Menschheit weiterhin so, als wären alle diese Rohstoffe – die bis jetzt in so überreichem Maße verschwendet wurden – erneuerbar. Der Ölvorrat unseres Planeten ist in einem langen Prozess in Millionen von Jahren aufgebaut worden, und er wird nun in wenigen Generationen „durch den Schornstein gejagt“. Die Erschöpfung dieser Rohstoffe ist vorauszusehen, nicht aber ihr Ersatz durch alternative Energiequellen. Verschmutzung und Ausbeutung gibt es überall, ob in der Atmosphäre oder auf dem Boden, aber auch im Meer, das leergefischt wird mit wenig Rücksicht darauf, wie der Bestand erneuert werden soll.

Ist es wirklich so, dass wir unseren Nachkommen einen zerstörten Planeten hinterlassen wollen – mit sich ausdehnenden Wüsten, ausgeplünderten Böden, verschandelten Landschaften, einer kranken Umwelt?

Die ernststen Probleme zunehmender Bodenerosion und Verwüstung (im buchstäblichen Sinne) sollten uns alle berühren und betroffen machen. Wenn man mit der Abholzung im gegenwärtigen Ausmaß fortfährt, wird der Vorrat an brauchbarem Holz gegen Ende dieses Jahrhunderts halbiert sein (und zugleich würde mehr als eine Milliarde Menschen ihres zum Kochen notwendigen Heizmaterials verlustig gehen). Die „Absorptionsfähigkeit“ der Bäume, die der Verseuchung durch Kohlendioxyd entgegenwirkt, würde dann auf ein gefährliches Niveau herabsinken. Es handelt sich nicht nur um gewisse Risiken für die Umwelt, sondern darum, dass unser Planet ohne Rücksicht auf kommende Generationen geplündert wird.

Das Interesse an der Erhaltung des Friedens oder an der Beseitigung des Hungers erfordert keine weitere Begründung. Doch das Interesse am gemeinsamen Überleben muss auch verknüpft werden mit den alles überragenden Fragen der Energie und der Umwelt, mit dem Risiko der Selbstzerstörung.

Gemeinsamkeit von Interessen

Es wäre unredlich, unterschiedliche Überzeugungen zu übertünchen, ebenso wie es töricht wäre, Interessenkonflikte zu verbergen. Aber es wäre andererseits äußerst unklug, wenn wir nicht den ernsthaften Versuch machten, Interessen dort gegeneinander abzuwägen und miteinander zu verbinden, wo ein gemeinsamer Nenner gefunden werden kann. Auf mittlere und längere Sicht haben Nord und Süd mehr an gemeinsamen Interessen, als die meisten bisher haben erkennen können. Und die Erfahrung zeigt, dass dauerhafte Lösungen oft erst gefunden werden, nachdem der Konfrontation ein Ende bereitet worden ist.

In diesem Bericht halten wir uns an die These: Es gibt in steigendem Maße gemeinsame Interessen. Diese erfordern eine Veränderung der Art, in der man zusammenarbeitet. So wird uns stärker bewusst, dass ein rascheres Tempo der Entwicklung im Süden auch den Menschen im Norden zugutekommt.

Es ist nicht schwer, die Gemeinsamkeit von Interessen auszumachen in den Bereichen von Energie, Rohstoffen und Handel, Nahrungsmitteln und Landwirtschaft, in den Fragen der Währungen und der Inflationskontrolle, der Finanzierung von Projekten und Programmen, von technologischen Neuerungen, Problemen der Kommunikation auf der Erde und im Weltraum. Die in allen Ländern betriebene Ausbeutung von erneuerbaren und vor allem nicht erneuerbaren Rohstoffen, die Umweltprobleme, die Ausbeutung der Meere, ganz zu schweigen vom ungehemmten Wettrüsten, das zugleich Ressourcen bindet und die

Menschheit bedroht – alles dies schafft Probleme, die den Frieden angehen und die umso gefährlicher werden, als es an einer globalen Vision fehlt.

Vielleicht kann man einen Teil dessen, was heute vor sich geht, durch einen Rückblick auf die Entwicklung erläutern, die einige der jetzigen Industrieländer im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert durchgemacht haben. Ein langer und mühsamer Lernprozess war notwendig, bis sich die Erkenntnis durchsetzte, dass höhere Löhne für die Arbeiter die Massenkaufkraft hinreichend steigerten, um die Volkswirtschaft insgesamt voranzubringen. Die Industrieländer müssen heute an der Ausweitung der Märkte in den Entwicklungsländern interessiert sein. Dieses wird einen entscheidenden Einfluss haben auf die Arbeitsplätze in den 80er und 90er Jahren und ganz allgemein auf die Möglichkeiten künftiger Beschäftigung.

Wer einen größeren Anteil am ökonomischen „Kuchen“ erstrebt, kann nicht ernsthaft wollen, dass der Kuchen kleiner wird. Die Entwicklungsländer können am wirtschaftlichen Wohlergehen der Industrieländer nicht uninteressiert sein; denn davon hängt nicht nur deren Bereitschaft zu importieren ab, sondern auch deren Bereitwilligkeit, an einem konstruktiven Transfer von Ressourcen mitzuwirken. Es ist freilich hinzuzufügen, dass die meisten Industrieländer, selbst während des größten Booms in der Geschichte, sich nicht genug angestrengt haben, den von ihnen feierlich mitübernommenen Mindestzielen für öffentliche Entwicklungshilfe nahezukommen. Diese Bilanz ist nicht nur enttäuschend, sondern sie zeigt auch, dass – wenn dieses Ziel der Hilfeleistung schon erreicht worden wäre – eine Reihe von Entwicklungsländern jetzt mehr Güter und Leistungen importieren und so die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Nordens mildern würde.

Eine stetige und sichere Versorgung mit Rohstoffen kann nur erreicht werden, wenn die Entwicklungsländer frei und ohne Druck entscheiden können und wenn sie durch faire und stabile Preise – sowie wesentlich bessere Chancen der Verarbeitung bei sich selbst – an der weiteren Lieferung interessiert sind. Auch das gehört dazu, wenn man „Gemeinsamkeit von Interessen“ interpretieren will.

Die Millionen von Arbeitslosen im Norden und die noch sehr viel größere Zahl von Un- und Unterbeschäftigten im Süden stellen eine ungeheure Herausforderung dar. Aber Protektionismus führt in die falsche Richtung, denn er trägt dazu bei, dass – mit beträchtlichen Kosten – Strukturen erhalten werden, die nicht zu halten sind. Es würden nur die Anpassung an neue Formen der internationalen Arbeitsteilung aufgehalten und wichtige Entscheidungen auf später verschoben

werden. Um allerdings plötzliche Veränderungen abzufedern, die abrupte Einbrüche und schwerwiegende soziale Nachteile mit sich brächten, muss man sich um einvernehmliche Vereinbarungen bemühen.

Mit Nachdruck ist der Ansicht entgegenzutreten, dass wettbewerbsfähige „newcomers“ aus der Dritten Welt als Eindringlinge oder „Gegner des Systems“ zu bezeichnen wären. Wenn man sie „Schwellenländer“ oder „neue Industrieländer“ nennt, dann kann damit nicht unterstellt werden, den älteren Industrieländern würden vorrangige Rechte zustehen. Die Menschen in den Industrieländern müssen erkennen, und zwar schneller und umfassender als bisher, dass sich die zu Zeiten des Kolonialismus entwickelte „Arbeitsteilung“ nicht zementieren lässt. Die Wechselbeziehungen zwischen Exporten und Importen werden viel stärker werden, als den meisten bewusst ist. Nur wenn der Norden den Zugang zu seinen Märkten weiter öffnet, kann er auch in Zukunft erwarten, selbst mehr zu exportieren.

Entwicklungskredite werden die Schuldenlast der Dritten Welt nur noch mehr vergrößern, wenn mit ihrer Hilfe in den Entwicklungsländern Industrien errichtet, aber nicht zugleich die ökonomischen Bedingungen für die Rückzahlung der Gelder geschaffen werden. Andererseits ist nicht alles auf Nord-Süd-Beziehungen zuzuführen. So wird die Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern eine größere Bedeutung erlangen: In diesem Bereich gibt es ein großes Potential für wirtschaftliche Sonderbeziehungen, den Austausch von Know-How und den Abbau von Abhängigkeiten. Umfassendere regionale Zusammenarbeit würde es auch kleineren Ländern erlauben, einen Platz innerhalb größerer Wirtschaftsräume zu finden und ihre Beziehungen mit der übrigen Welt zu vertiefen. Überdies gibt es im Süden selbst einen gewaltigen Bedarf an Forschung und wissenschaftlicher Zusammenarbeit.

Nach unserer Überzeugung muss man sich ernsthaft darauf einstellen, dass die Hilfeleistungen – besonders an die am stärksten benachteiligten Entwicklungsländer – mit einem gewissen Maß an Automatik und Vorhersehbarkeit erfolgen und damit von den nationalen Haushalten mit den ihnen innewohnenden (tatsächlichen oder vermeintlichen) Sachzwängen gelöst werden. Damit stehen mögliche Formen internationaler Abgaben zur Diskussion.

Warum sollte es wirklichkeitsfremd sein, sich auf den Gedanken einzustellen, dass in einer geeigneten Weise und nach einer Gleitskala, die die Leistungsfähigkeit der Länder berücksichtigt, Abgaben oder Steuern erhoben werden? Man könnte dabei sogar an eine geringe Steuer auf den internationalen Handel oder

an eine höhere Abgabe auf Waffenexporte denken. Zusätzliche Einkünfte könnten erzielt werden beim internationalen Gemeinbesitz, wie zum Beispiel den Tiefsee-Bodenschätzen. Bei der Unterstützung solcher Ideen, die ohnehin bereits in verschiedenen Kreisen diskutiert werden, war sich die Kommission möglicher Einwände und zu vermutender Widerstände bewusst. Doch glauben wir, nachdem wir diese Frage eingehend erörtert haben, dass ein neuer Denkansatz nötig ist, um die Unzulänglichkeiten des gegenwärtigen Systems der Entwicklungshilfe zu überwinden und Chancen für eine universale, kollektive Lastenverteilung zu eröffnen.

Man mag einwenden, dass internationale Steuern ohne internationale Regierung nicht gut vorstellbar sind. Doch glauben wir in der Tat, dass gewisse Elemente dessen, was man eine „internationale Regierung“ nennen könnte, schon jetzt angezeigt wären, um den gemeinsamen ebenso wie den nationalen Interessen gerecht zu werden. Und wir vermuten auch, dass die Welt gegen Ende dieses Jahrhunderts voraussichtlich nicht funktionieren wird ohne ein Mindestmaß an praktikablen internationalen Abgaben – und ohne einen Entscheidungsprozess, der über die jetzt bestehenden Verfahren ein gutes Stück hinausgeht. Das Überleben der Menschheit in Gerechtigkeit und Würde wird es notwendig machen, mit neuen Methoden neue Wege zu öffnen. Doch müssen die Informationen und die Diskussionen hierüber so angelegt werden, dass die Menschen verstehen, worum es geht und worauf es ankommt.

Keinem der wichtigen Probleme zwischen Industrie- und Entwicklungsländern ist durch Konfrontation wirksam beizukommen: Vernünftige Lösungen können nur auf Dialog und Zusammenarbeit gegründet sein. Dies geht nicht ohne ein neues Verständnis der gegenseitigen Abhängigkeit von Staaten und Menschen. Einer unserer Kommissionskollegen fügte hinzu: Entwicklung bedeutet gegenseitige Abhängigkeit, und beides sind Grundvoraussetzungen für das Überleben der Menschheit.

Diese Interdependenz, also gegenseitige Abhängigkeit, hat viele Seiten: Alle Staaten werden Nutzen ziehen aus einer gestärkten Weltwirtschaft, mit Eindämmung der Inflation und einem verbesserten Klima für Wachstum und Investitionen. Alle werden auch profitieren von einem besseren Umgang mit den nicht erneuerbaren Rohstoffen dieser Erde, und eine Stabilisierung der Weltbevölkerung würde ihnen miteinander zugute kommen. Alle Staaten – ob Industrie- oder Entwicklungsland, ob marktwirtschaftlich oder planwirtschaftlich strukturiert – haben ein offenkundiges Interesse an mehr Sicherheit und an einer verbesserten

politischen Fähigkeit und Führungskraft, globale Probleme in den Griff zu bekommen. Jedoch darf man nicht erwarten, dass eine neue Sicht der Zukunft das Ende harten Verhandeln bedeuten wird.

Über einen geschichtlichen Prozess entscheiden nicht Resolutionen oder Bücher, und privilegierte Gruppen haben ihre Haltung selten ganz aus freien Stücken geändert. Aber Argumente können eine Rolle spielen, und Worte können wie Waffen wirken. Ein höheres Maß an Miteinandersprechen führt jedoch nicht notwendigerweise zu besserer Verständigung. Ideologische und machtpolitische Argumentation führt uns allzu oft weg von einer „gemeinsamen Sprache“, nicht näher an sie heran. Trotz tiefverwurzelter Gegensätze muss man darauf hinarbeiten, sich über Inhalte zu verständigen und zu Begriffen zu kommen, unter denen alle dasselbe verstehen. Dies ist eine schwierige, aber notwendige Aufgabe, wenn man eine dauerhafte Verständigung fördern will.

Internationale Resolutionen sind oft so vieldeutig formuliert und enthalten so unterschiedliche Möglichkeiten der Auslegung, dass sie schon deshalb gekünstelt erscheinen. In der Tat wissen oft nur die unmittelbar Beteiligten, was sich hinter bestimmter Kompromissformulierungen verbirgt. Entschließungen sollten so abgefasst sein, dass die Menschen sie verstehen können und sich von ihnen angesprochen fühlen, denn nur so werden sie sich mit der Arbeit, die im internationalen Bereich geleistet wird, zu identifizieren vermögen.

Was soll Entwicklung bedeuten?

Die Kommission hat nicht versucht, den fragwürdig gewordenen Begriff Entwicklung neu zu definieren. Doch waren wir uns (unter anderem) darüber einig, dass das Hauptaugenmerk nicht auf Apparate und Institutionen, sondern auf den Menschen zu richten ist. Die Weigerung, fremde Modelle ungeprüft zu übernehmen, bedeutet tatsächlich eine zweite Phase der Entkolonisierung. Man muss sich von der Vorstellung frei machen, als hätte die ganze Welt die Modelle hochindustrialisierter Länder nachzuahmen.

Es gilt, von der ständigen Verwechslung zwischen Wachstum und Entwicklung loszukommen, und wir unterstreichen mit Nachdruck, dass das eigentliche Ziel der Entwicklung eines Landes in dessen Selbsterfüllung und schöpferischer Partnerschaft liegt. Seine produktiven Möglichkeiten und sein menschliches Potential können nur dann zur Entfaltung kommen. Wir müssen uns von der Vorstellung frei machen, unser Problem ergebe sich allein daraus, dass „entwickelte Länder“ existieren und solche, die „entwickelt“ werden wollen. Im Übrigen ist ja auch

im Norden der technologische und ökonomische Entwicklungsprozess noch keineswegs abgeschlossen, und es wird mittlerweile heftig darüber diskutiert, wie künftiger Fortschritt aussehen soll – mit andersartigen Technologien und einer weniger verschwenderischen Art zu leben. Wachstumsideologien im Norden (und nicht nur beschränkt auf dessen westlichen Teil) haben sich zu wenig mit der Qualität von Wachstum befasst.

Ein Volk, das sich seiner kulturellen Identität bewusst ist, kann Elemente, die seinem eigenen Wertesystem entsprechen, übernehmen oder anpassen und auf diese Weise eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung fördern. Einheitliche Modelle, die für alle gültig sein könnten, gibt es nicht. Die unterschiedlichen und angemessenen Antworten hängen ab vom geschichtlichen und kulturellen Erbe, von religiösen Traditionen, menschlichen und wirtschaftlichen Ressourcen, klimatischen und geographischen Bedingungen, natürlich auch von politischen Grundstrukturen, die sich in den Völkern herausgebildet haben. Doch über all diese Unterschiedlichkeiten hinweg kann festgestellt werden, dass es die kulturelle Identität ist, die den Menschen Würde verleiht.

In den letzten Jahren ist Experten und internationalen Beobachtern klar geworden, dass Entwicklungsstrategien, die vornehmlich auf Produktionsausweitung abgestellt waren, geändert und ergänzt werden müssen – und zwar mit dem Ziel einer gerechteren Einkommensverteilung. Dabei gilt es, den Grundbedürfnissen der ärmsten Schichten und der Arbeitsplatzbeschaffung in besonderer Weise Rechnung zu tragen. Es ist gewiss unsinnig, den Entwicklungsländern Produktionsverfahren aufzuzwingen, welche die in großem Maße vorhandene Arbeitskraft weitgehend ungenutzt lassen. Auch gibt es vermehrte Anzeichen dafür, dass neue Technologien die Beschäftigungsmöglichkeiten im Norden und im Süden weiter verringern könnten, wenn nicht die Orientierung auf Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit ganz stark nach vorn gerückt wird.

Solche Strategien werden in der Dritten Welt kaum auf fruchtbaren Boden fallen, solange die Industrieländer einer Leitvorstellung huldigen, die vorwiegend materialistisch ist, die sich auf den Glauben stützt, das Bruttosozialprodukt und das, was man für Lebensstandard hält, werde automatisch wachsen.

Man muss warnen vor trügerischen Hoffnungen auf allumfassende Lösungen, wenn so viele individuelle und nationale Erwartungen miteinander in Einklang zu bringen sind. Es wäre auch falsch anzunehmen, Lösungen würden sich von selbst ergeben oder das Los der Unterprivilegierten würde sich durch einen organischen Prozess verbessern. Die Erwartung, dass ein schnelleres Wirtschaftswachstum in

Entwicklungsländern an sich schon den breiten Massen zugutekommen würde, hat sich nicht erfüllt.

In vielen Ländern sind viele Menschen vom Wirtschaftswachstum ausgeschlossen, und ihnen ist auch verwehrt, an der Gestaltung ihres eigenen Umfeldes mitzuwirken. Sie leben im Zustand absoluter Armut und fristen ein Leben, das des Menschen unwürdig ist. Nur wenn die Regierungen sich verpflichtet fühlen, die Armen an der allgemeinen Entwicklung teilhaben zu lassen, können die Appelle zu verstärkter internationaler Hilfe und Zusammenarbeit mit stärkerem moralischen Gewicht vorgetragen werden.

Wir gehen davon aus, dass alle Kulturen gleichermaßen Respekt, Schutz und Förderung verdienen. Je mehr der Prozess der Modernisierung als eine im wesentlichen technische Angelegenheit verstanden wird, desto wichtiger wird der Erhalt kultureller Identität und Selbständigkeit. Wir wissen um die ernsthaften Spannungen, die Anpassung an Erfordernisse moderner Technologien mit sich bringt, die aber im Kampf gegen die eher noch wachsenden Probleme von Hunger und Armut nicht zu vermeiden ist. Es ist vorrangiges Gebot, um ein Gleichgewicht bemüht zu sein zwischen den Möglichkeiten, die die moderne Technologie bietet, und den einzelnen Menschen und Regionen, die ihre Individualität nicht verlieren wollen, und dies auch nicht brauchen oder gar sollen. Für diese Probleme gibt es keine gleichförmigen Lösungen.

Die Gefahren eines „kulturellen Imperialismus“ sollte man nicht übersehen. Solidarität zwischen Nationen muss sich gründen auf gegenseitige Anerkennung von Werten. Dennoch mag eine technologisch begründete Weltzivilisation eine Art von gemeinsamem Sozial- und Arbeitsethos erfordern. Bessere Lebensbedingungen werden ohne Verantwortungsgefühl für das Schicksal von Mitmenschen und ohne humanen Arbeitswillen kaum zu erreichen sein. Die Beschäftigung mit Fragen historischer Schuld vermittelt keine Antwort auf das entscheidende Problem der Eigenverantwortung, auf die gestützt allein sich gegenseitige Achtung entwickeln kann. Selbstgerechtigkeit schafft weder Arbeitsplätze noch stopft sie hungrige Mäuler.

Internationale soziale Gerechtigkeit sollte im Zusammenhang gesehen werden mit einem wachsenden Bewusstsein von der grundlegenden Gleichheit und Würde aller Menschen. Wissenschaftliche, technologische und wirtschaftliche Möglichkeiten sollten mit dem Ziel entwickelt werden, eine menschlichere Sozial- und Wirtschaftsordnung für alle zu ermöglichen. Große Anstrengungen sollten unternommen werden, damit die Menschen- und die sozialen

Rechte beschleunigt Anerkennung finden und durch internationale Abkommen geschützt werden.

Dieser Bericht zielt darauf ab, einige der gewaltigen Risiken herauszustellen, welche die Menschheit bedrohen, und er möchte aufzeigen, dass die legitimen Eigeninteressen der Nationen oft mit wohlverstandenen gemeinsamen Interessen auf einen Nenner gebracht werden können. Wir möchten auch deutlich machen, dass die Menschheit sich äußerst kritischen Problemen gegenüber sieht. Diese sind nicht hoffnungslos, wenn die politisch Verantwortlichen in dieser Welt ihr Gewicht zugunsten von vernünftigen Lösungen in die Waagschale werfen. Situationen sind selten hoffnungslos, wenn man sie nicht als solche akzeptiert. Und die Hoffnung selbst ist das wichtigste Element, wenn es darum geht, Hürden zu nehmen, die sonst als unüberwindbar erscheinen würden.

Ein Nord-Süd-Gipfel im Dienste des Überlebens

Was also soll nun im Bereich internationaler Verhandlungen geschehen? Zu oft sind Diskussionen als ein „Dialog der Gehörlosen“ geführt worden. Die Luft ist stickig von Alibi-Argumenten, die Nichtstun entschuldigen wollen. Das gilt für alle Seiten. Es ist üblich geworden, sich selber gute Noten zu geben und den anderen nur Fehler anzukreiden. Was dabei herauskommt, sind Stillstand und Frustration.

Nach unserer Meinung gibt es gute Gründe, eine internationale Nord-Süd-Begegnung auf höchster Ebene vorzuschlagen, die – nach sorgfältiger Vorbereitung – möglichst bald stattfinden sollte. Ein solches Treffen, an das sich unter Umständen weitere anschließen könnten, sollte einige besonders drängende Nord-Süd-Fragen behandeln und, falls möglich, ein Einvernehmen darüber herbeiführen, wie in möglichst konkreter Form bestimmte gemeinsame Interessen – unmittelbare und längerfristige – zu schöpferischer Partnerschaft gestaltet werden könnten.

Wir möchten es ganz deutlich aussprechen, dass Nord und Süd nicht nach dem Motto „wie gehabt“ fortfahren und dabei meinen können, man brauche hier und dort nur eine Kleinigkeit zuzulegen. Was Not tut, ist eine intellektuelle Neuorientierung; sind ernsthafte Schritte in Richtung auf strukturelle Veränderungen wie auf verstärkte praktische Zusammenarbeit. Ein entspannteres Verhandlungsklima sollte die rhetorische Kriegsführung überflüssig machen und ungerechtfertigten Verdächtigungen den Boden entziehen.

Während wir in der Kommission den Vorschlag eines Gipfeltreffens diskutierten, warf ein Staatsmann aus der Karibik die Frage auf, ob man nicht „ein

produktiveres Umfeld für Verhandlungen unter dem Schirm der Vereinten Nationen schaffen“ könne. Wir meinen in der Tat, dass hierüber dringliche und ernsthafte Konsultationen geführt werden sollten; dies umso mehr, als auch die blockfreien Staaten auf ihrem Treffen in Havanna im Sommer 1979 auf die Notwendigkeit hingewiesen haben, globale Verhandlungen nach einer Prioritätsliste zu führen.

Das System der Vereinten Nationen sollte natürlich überdacht und weiter entwickelt werden. Seine Unzulänglichkeiten sind bekannt und nicht leicht zu überwinden. Es ist das einzige System dieser Art, das es gibt. Nicht zuletzt die internationale Zusammenarbeit im Währungs- und Finanzbereich sollte weltumspannend sein und jede mögliche Anstrengung unternommen werden, damit es auch jene Länder umfasst, die sich noch außerhalb befinden. Das exzessive Wachstum internationaler Bürokratien haben die Regierungen der Mitgliedsstaaten zugelassen, und nur sie können diesen Trend umkehren. Doch lassen die Schwierigkeiten, die es bereitet, auch nur die eigenen Bürokratien im Zaum zu halten, nicht allzu viel erwarten. Im Übrigen ist es notwendig, den Zustand internationaler Organisationen zu durchleuchten; auf gewissen Gebieten mag es auch erforderlich sein, bestehende Einrichtungen zu ergänzen, um neu aufgekommene Probleme zu behandeln.

Eine Gipfelkonferenz könnte einen wesentlichen Beitrag zu den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft leisten, wenigstens die dringendsten Probleme zu lösen. Dies sollte eine gemeinsame Verantwortung einschließen für die Bereiche Energie und Rohstoffe, Finanzen und Beschäftigung, aber es sollte sich auch auf ein weltweites Programm erstrecken, das die schlimmsten Auswüchse von Welthunger und Unterernährung im Blick auf das Jahr 2000 beseitigen hilft.

Ein solches Treffen sollte in enger Verbindung mit den Vereinten Nationen stattfinden, aber nur eine begrenzte Zahl von Staats- und Regierungschefs sollten beteiligt sein. Dabei müsste es nach vorausgegangenen Konsultationen regionale und andere wichtige Gruppierungen widerspiegeln, um einen sinnvollen Meinungsaustausch in einer noch überschaubaren und arbeitsfähigen Gruppe von Staatsmännern (hinter verschlossenen Türen und möglichst nur mit jeweils einem Berater) zu ermöglichen. Es gibt natürlich Weltkonferenzen, die eine große Zahl von Teilnehmern benötigen und auf Publizität angewiesen sind. Doch kann man nicht erwarten, dass es auf Veranstaltungen, an denen Tausende teilnehmen, zu ernsthaften Erörterungen kommt.

Die Tagesordnung für eine internationale Gipfelbegegnung sollte solche

Themen einschließen, die – im weitesten Sinne – das gemeinsame Interesse widerspiegeln. Das gemeinsame Interesse an Frieden, Ausgleich und Arbeitsplätzen. Die Ansichten, die durch diese Konferenz vertreten werden, können natürlich die internationale Gemeinschaft nicht binden. Aber Entscheidungen könnten vorbereitet werden, und eine vernünftige Zusammensetzung dieses Gremiums könnte ein Klima schaffen, das für bindende Beschlüsse andernorts günstig wäre.

Weltweite Fragen erfordern weltweite Antworten, und da heute die bisher unbekannt Gefahr der Selbstzerstörung der Menschheit besteht, muss dieser Gefahr auch mit bislang unbekannt Methoden begegnet werden.

Ein Appell an die Verantwortlichen in aller Welt

Schließlich möchte ich mich an dieser Stelle in allem Freimut an die Staatsführungen in einer Reihe von Ländern und Ländergruppen wenden.

Zunächst an die Adresse der Vereinigten Staaten. Ich glaube nicht, dass das amerikanische Volk gleichgültig sein kann gegenüber Armut und Hungertod, wo immer in der Welt diese anzutreffen sind. Amerikanische Organisationen haben in der Tat gezeigt, dass sie engagiert sind und bereit zur Hilfe. Doch haben die Vereinigten Staaten, die in den frühen 60er Jahren auf diesem Feld führend waren, in ihren Anstrengungen erheblich nachgelassen. Im Verhältnis zu ihrem Bruttosozialprodukt ist ihre Auslandshilfe weit zurückgefallen. Ich verstehe viele der Gründe für die nachlassende amerikanische Bereitschaft, und doch hoffe ich sehr, dass sie nicht unveränderbare Tatbestände im politischen Leben der USA widerspiegeln. Auch hoffe ich, dass negative Erfahrungen mit dem einen oder anderen Land nicht Folgen für die Haltung der Amerikaner gegenüber den Entwicklungsländern insgesamt haben werden. Wenn sich die Länder der Welt in einem Unternehmen zusammentun, um die Aussichten für das Überleben zu verbessern und weltweites Wohlergehen zu fördern, dann kann sich die mächtigste und wohlhabendste Nation nicht damit zufrieden geben, eine marginale Rolle zu spielen. Und niemand sonst würde dies wünschen.

Die Sowjetunion hat im Laufe weniger Generationen viel getan, um die Armut in ihren Grenzen zu beseitigen. Doch haben die Ost-Staaten wenig Bereitschaft gezeigt, mehr Mitverantwortung für die armen Länder zu übernehmen. Allerdings haben mir Führer der Sowjetunion und osteuropäischer Staaten versichert, dass sie die gemeinsamen Probleme der Menschheit mit großem Ernst verfolgen. Die Fähigkeit, die Probleme zu analysieren, ist gewiss vorhanden, und man ist sich auch bewusst, dass die gegenseitigen Beziehungen – um ein anderes Wort

für Abhängigkeit zu benutzen – in der Zukunft weiter wachsen werden. Doch fehlt der logische Schritt, um zu globalen Entwicklungskriterien zu gelangen, die dann quantifiziert und praktischen Maßnahmen zugrunde gelegt werden können. Ein solcher Schritt würde auch im eigenen Interesse der Ost-Staaten liegen.

In der Vergangenheit ist die Zusammenarbeit mit der Dritten Welt oft in eine Arena ideologischer Konflikte und Gegensätzlichkeiten verwandelt worden. Wenn das so bleibt, wird die Ost-West-Rivalität auf diesem Gebiet eine große Bedrohung für weltweite Entspannung darstellen. Alle Staaten, die vom Ost-West-Gegensatz betroffen sind, müssen mehr zusammenarbeiten und auf Vereinbarungen oder gar Verhaltensregeln hinwirken, die den „Export“ ihrer Streitfragen in den Süden verhindern. Damit würde zugleich die Versuchung schwinden, diese Rivalitäten auszunutzen.

In meinem Teil der Welt finde ich eine große Spannweite von Haltungen gegenüber Fragen der internationalen Entwicklung. Einige der kleinen Länder in West- und Nordeuropa haben sich durch das Ausmaß der weltweiten Not zu einer großzügigen, fortschrittlichen Reaktion bewegen lassen. Andere waren zurückhaltender: Sie erwiesen sich als nicht gerade übermäßig freigebig in ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit und haben sich gegen Vorschläge gewehrt, die Weltwirtschaft zu reformieren. Die Europäische Gemeinschaft hat zwar einen gewissen Gedankenreichtum entfaltet, doch ist auch ihr Programm verhältnismäßig bescheiden geblieben. In jüngster Zeit hat es in einigen Ländern Kürzungen von Hilfsprogrammen und einen Rückzug von internationalen Verantwortlichkeiten gegeben, während andere wiederum entschieden haben, sich mit ihrer Hilfe etwas schneller nach vorn zu bewegen. Ich hoffe, meine europäischen Mitbürger können davon überzeugt werden, dass ihre eigene Zukunft nicht in der Lockerung, sondern in der Stärkung ihrer positiven Verbindungen mit der Dritten Welt liegt.

Japan vermag die Entwicklungsprobleme besonders gut zu verstehen, da es selbst so rasch in Stellung einer führenden Industrienation vorgerückt ist. Viele von uns sind beeindruckt von der japanischen Politik der nach vorn gerichteten Planung und der aktiven strukturellen Anpassungen. Ich meine, dass andere Länder von dieser Erfahrung lernen können. Japan hat angekündigt, seine Entwicklungshilfe in den nächsten Jahren wesentlich zu erhöhen, und es spielt bei den dynamischen Veränderungen in jenem Teil der Welt eine führende Rolle. Ich hoffe, dieses Land wird fortfahren, seine Verantwortung für die Weltwirtschaft im allgemeinen wahrzunehmen, und zwar so, wie es seine Wirtschaftskraft ihm auferlegt.

Ich unterschätze keineswegs die Schwierigkeiten; aber ich glaube, dass die Bereiche weltweiter Zusammenarbeit ständig und erfolgreich erweitert werden müssen. Es ist nur natürlich, dass darin auch die Volksrepublik China eingeschlossen sein muss, die in vielen Feldern internationaler Zusammenarbeit über große Möglichkeiten verfügt.

Was viele der Entwicklungsländer angeht, so hat die Arbeit unserer Kommission mein Verständnis für die schwierigen Aufgaben vergrößert, denen sie und ihre Regierungen sich gegenübersehen. Zweifellos wird der größte Teil der Bemühungen um die Überwindung der Armut von den betroffenen Völkern und Regierungen zu tragen sein. Dabei gewinnt die Einsicht an Boden, dass auf Gleichheit aller ausgerichteten Reformen und eine größere Mitwirkung aller Schichten die Bedingungen für ein zügiges und gleichmäßiges Wachstum erheblich verbessern können.

Verständlicherweise wünschen die Entwicklungsländer einen stärkeren Einfluss in Angelegenheiten, welche die ganze Welt betreffen. Aber mehr Macht ist bereits vom Norden auf den Süden übergegangen, als allgemein bekannt ist, und in den kommenden Jahren müssen die Entwicklungsländer einen wachsenden Anteil der Verantwortung für die Erhaltung des Weltfriedens übernehmen, ohne den alle unsere übrigen Anstrengungen ins Leere gehen.

Zusammen mit meinen Kollegen in der Kommission bin ich davon überzeugt, dass die Völker dieser Welt nicht nur zusammen in Frieden leben müssen, sondern es auch können. Die Aufgabe besteht darin, die Menschheit von Abhängigkeit und Unterdrückung sowie von Hunger und Not zu befreien. Neue Bande müssen geknüpft werden, welche die Aussichten auf Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität für alle entscheidend verbessern. Dies ist eine große Aufgabe für die jetzige Generation und für die, die ihr folgt.

Die Gestaltung unserer aller Zukunft ist zu wichtig, um sie allein Regierungen und Experten zu überlassen. Daher geht unser Appell an die Jugend, an die Frauen und die Gewerkschaftsbewegungen; er geht an die politischen, intellektuellen und religiösen Führungsschichten, an Wissenschaftler und Erzieher, an Techniker und Unternehmer, an Angehörige der Bauernschaft wie der Geschäftswelt. Mögen sie alle versuchen, ihre Angelegenheiten so zu begreifen und zu regeln, wie es im Lichte dieser neuen Herausforderung geboten ist.

Bonn/Genf, den 20. Dezember 1979

Liste der Mitglieder der Nord-Süd-Kommission

Willy Brandt, Deutschland, Vorsitzender der Kommission
 Abdlativ Y. Al-Hamad, Kuwait
 Rodrigo Botero Montoya, Kolumbien
 Antoine Kipsa Dakoure, Obervolta (heute: Burkina Faso)
 Eduardo Frei Montalva, Chile
 Katharine Graham, Vereinigte Staaten
 Edward Heath, Großbritannien
 Amir H. Jamal, Tansania
 Lakshmi Kant Jha, Indien
 Khatijah Ahmad, Malaysia
 Adam Malik, Indonesien
 Haruki Mori, Japan
 Joe Morris, Kanada
 Olof Palme, Schweden
 Peter G. Peterson, Vereinigte Staaten
 Edgard Pisani, Frankreich
 (Nachfolger für den 1978 ausgeschiedenen Pierre Mendes-France)
 Shridath Ramphal, Guyana
 Layachi Yaker, Algerien

Ehrenamtlicher Schatzmeister: Jan P. Pronk, Niederlande
 Exekutivsekretär der Kommission: Göran Ohlin, Schweden
 Direktor des Sekretariats: Dragoslav Avramović, Jugoslawien

Nur noch antiquarisch erhältlich:

North South: A Programme for Survival. Report of the Independent Commission on International Development Issues, London (Pan Books) 1980

Das Überleben sichern: Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Bericht Nord-Süd-Kommission, Köln (Kiepenheuer und Witsch) 1980

SCHRIFTENREIHE DER BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Heft 1

Willy Brandt – 25 Jahre Friedensnobelpreis

Berlin 1998, ISBN 3-933090-00-8

Heft 2

Politik für Berlin – Willy Brandt 1957–1966

Festveranstaltung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
 am 6. Februar 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
 2. Aufl. – Berlin 1999, ISBN 3-933090-01-6

Heft 3

Egon Bahr: Willy Brandts europäische Außenpolitik

Berlin 1999, ISBN 3-933090-02-4

Heft 4

Helga Grebing: Willy Brandt – Ein Leben für Freiheit und Sozialismus

Vortrag am 22. April 1999 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
 Berlin 1999, ISBN 3-933090-03-2

Heft 5

Auftakt zur Ära Brandt – Gedanken zur Regierungserklärung Willy Brandts vom 28. Oktober 1969

Berlin 1999, ISBN 3-933090-04-0

Heft 6

Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen

Berlin 2000, ISBN 3-933090-05-9

Heft 7

Perspektiven aus den Exiljahren

Berlin 2000, ISBN 3-933090-06-7

*Heft 8***Timothy Garton Ash: Wächst zusammen, was zusammengehört?**

Berlin 2001, ISBN 3-933090-07-5

*Heft 9***Horst Ehmke: Reformpolitik und „Zivilgesellschaft“**

Berlin 2001, ISBN 3-933090-08-3

*Heft 10***Remembering Willy Brandt – Egon Bahr, Henry Kissinger und die deutsch-amerikanischen Beziehungen**

Berlin 2003, ISBN 3-933090-09-1

*Heft 11***Peter Glotz: Willy Brandts Charisma**

Berlin 2004, ISBN 3-933090-10-5

*Heft 12***Basil P. Mathiopoulos: Willy Brandt – Anmerkungen zu einem Freund (dt.-griech.)**

Berlin 2005, ISBN 3-933090-11-3

*Heft 13***Hans Arnold: Willy Brandt und Europa**

Berlin 2006, ISBN 3-933090-12-1

*Heft 14***Willy-Brandt-Gespräch 2006: „Mehr Demokratie wagen“ (1969) – „Mehr Freiheit wagen“ (2005). Orientierungen für eine Gesellschaft im Umbruch?**

Berlin 2007, ISBN 3-933090-13-X

*Heft 15***Klaus Schütz: Berlin bleibt frei – Gedanken zu Willy Brandt**

Berlin 2008, ISBN 3-933090-14-8

*Heft 16***Egon Bahr: Willy Brandt und die Nation**

Berlin 2008, ISBN 3-933090-15-6

*Heft 17***Die Erinnerung an Willy Brandt und ein Rückblick auf die gemeinsame Zeit. Gespräch zwischen Helmut Schmidt und Egon Bahr**

Berlin 2009, ISBN 3-933090-16-4

*Heft 18***Robert B. Zoellick: Deutschland und der „ferne Horizont“ (Willy Brandt Lecture 2008)**

Berlin 2009, ISBN 3-933090-17-2

*Heft 19***Peter Merseburger: Willy Brandts Ostpolitik und die deutsche Einheit**

Berlin 2009, ISBN 978-3-933090-18-0

*Heft 20***Willy-Brandt-Gespräch 2009: Bürger und Politik – zunehmend auf Distanz? Zustand und Zukunft unserer Demokratie nach 60 Jahren Grundgesetz und 20 Jahre nach der friedlichen Revolution**

Berlin 2009, ISBN 978-3-933090-19-5

*Heft 21***Erhard Eppler: Finanzkrise, Klimakrise und Staatszerfall. Was wird aus der Einen Welt? (Willy-Brandt-Rede Lübeck 2009)**

Berlin 2010, ISBN 978-3-933090-20-1

*Heft 22***Mohammed ElBaradei: Der Weg in eine sicherere Welt (Willy Brandt Lecture 2009)**

Berlin 2010, ISBN 978-3-933090-21-8

Heft 23

Wolfgang Huber: Verschieden und doch gleich. Integration und Menschenbild (Willy Brandt Lecture 2010)

Berlin 2011, ISBN 978-3-933090-22-5

Heft 24

Geert Mak: „Das erstarrte Europa“ – Ursachen und Auswege (Willy Brandt Lecture 2011)

Berlin 2012, ISBN 978-3-933090-23-2

Heft 25

Willy Brandt: „Das Überleben sichern“ – die Einleitung zum Nord-Süd-Bericht

mit einer Einführung von Dirk Messner

Berlin 2013, ISBN 978-3-933090-24-9

WILLY BRANDT – BERLINER AUSGABE

*Herausgegeben im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
von Helga Grebing, Gregor Schöllgen und Heinrich August Winkler*

Mit der „Berliner Ausgabe“ ausgewählter Reden, Artikel und Briefe von Willy Brandt wird erstmals das politische Wirken des bedeutendsten deutschen Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts umfassend dokumentiert. In zehn Bänden werden die Etappen der langen politischen Laufbahn Brandts nachgezeichnet: vom jungen Linkssozialisten, der in die Emigration gezwungen wurde, zum Hoffnungsträger vieler Berliner Sozialdemokraten; vom Regierenden Bürgermeister der geteilten Stadt zum Kanzlerkandidaten und Vorsitzenden der SPD; vom Außenminister der Großen Koalition zum ersten sozialdemokratischen Regierungschef in der Bundesrepublik; vom Bundeskanzler zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale und Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission.

Die inzwischen vollständige Reihe (Verlag J.H.W. Dietz Nachf.) soll eine breite historisch-politisch interessierte Öffentlichkeit ansprechen. Jedem der zehn Bände ist eine umfangreiche Einleitung vorangestellt, in der die edierten Texte in den historischen Zusammenhang eingeordnet werden. Die Bände in Hardcover mit Schutzumschlag umfassen je etwa 500 Seiten und enthalten zahlreiche Abbildungen.

Der Dietz-Verlag bietet einen preisgünstigen Schuber mit allen zehn Bänden an.

Band 1

Hitler ist nicht Deutschland

Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen 1928–1940

Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2002, ISBN 3-8012-0301-8

Band 2

Zwei Vaterländer

Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland
1940–1947

Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2000, ISBN 3-8012-0302-6

*Band 3***Berlin bleibt frei**

Politik in und für Berlin 1947–1966

Bearb. von Siegfried Heimann, Bonn 2004, ISBN 3-8012-0303-4

*Band 4***Auf dem Weg nach vorn**

Willy Brandt und die SPD 1947–1972

Bearb. von Daniela Münkler, Bonn 2000, ISBN 3-8012-0304-2

*Band 5***Die Partei der Freiheit**

Willy Brandt und die SPD 1972–1992

Bearb. von Karsten Rudolph, Bonn 2002, ISBN 3-8012-0305-0

*Band 6***Ein Volk der guten Nachbarn**

Außen- und Deutschlandpolitik 1966–1974

Bearb. von Frank Fischer, Bonn 2005, ISBN 3-8012-0306-9

*Band 7***Mehr Demokratie wagen**

Innen- und Gesellschaftspolitik 1966–1974

Bearb. von Wolther von Kieseritzky, Bonn 2001, ISBN 3-8012-0307-7

*Band 8***Über Europa hinaus**

Dritte Welt und Sozialistische Internationale

Bearb. von Bernd Rother u. Wolfgang Schmidt, Bonn 2006, ISBN 3-8012-0308-5

*Band 9***Die Entspannung unzerstörbar machen**

Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974–1982

Bearb. von Frank Fischer, Bonn 2003, ISBN 3-8012-0309-3

*Band 10***Gemeinsame Sicherheit**

Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982–1992

Bearb. von Uwe Mai, Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, Bonn 2009

ISBN 3-8012-0310-7

WILLY-BRANDT-STUDIEN*Band 1*Daniel F. Sturm: **Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90**

Bonn 2006, ISBN 3-8012-0363-8

*Band 2*Robin M. Allers: **Besondere Beziehungen. Deutschland, Norwegen und Europa in der Ära Brandt (1966–1974)**

Bonn 2009, ISBN 978-3-8012-0382-5

*Band 3*Andreas Wilkens (Hrsg.): **Wir sind auf dem richtigen Weg. Willy Brandt und die europäische Einigung**

Bonn 2010, ISBN 978-3-8012-0392-4

*Band 4*Friedhelm Boll u. Krzysztof Ruchniewicz (Hrsg.): **Nie mehr eine Politik über Polen hinweg. Willy Brandt und Polen**

Bonn 2010, ISBN 978-3-8012-0407-5

*Band 5*Bernd Rother (Hrsg.): **Willy Brandt. Neue Fragen, neue Erkenntnisse**

Bonn 2011, ISBN 978-3-8012-0414-3

WILLY-BRANDT-DOKUMENTE

Band 1

Willy Brandt: **Verbrecher und andere Deutsche. Ein Bericht aus Deutschland 1946**

bearbeitet von Einhart Lorenz
Bonn (2. Aufl.) 2008, ISBN 978-3-8012-0380-1

Band 2

Willy Brandt: **Im Zweifel für die Freiheit. Reden zur sozialdemokratischen und deutschen Geschichte**

herausgegeben und eingeleitet von Klaus Schönhoven
Bonn 2012, ISBN 978-3801204266

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Willy Brandt 1913–1992

Eine Ausstellung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung im Rathaus Schöneberg zu Berlin und des Willy-Brandt-Archivs im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Katalog zur Ausstellung von Gertrud Lenz
Berlin 1996, ISBN 3-931321-21-5

Struggle for Freedom. Willy Brandt 1913–1992

Permanent Exhibition of the Federal Chancellor Willy Brandt Foundation and of the Willy Brandt Archive in the Archives of Social Democracy of the Friedrich Ebert Foundation at the Schöneberg City Hall in Berlin. Exhibition Catalogue by Gertrud Lenz
Berlin 2001, ISBN 3-933090-99-7

Gerechte Entwicklung wagen: Ein unerfülltes Versprechen!

Anforderungen an einen „Brandt-Report“ für das 21. Jahrhundert
(gemeinsam mit der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn)
Bonn 2000, ISBN 3-927626-40-6

Johannes Rau: **Gedenkrede zum 10. Todestag Willy Brandts am 8. Oktober 2002**

hrsg. in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung
Berlin/Bonn 2002, ISBN 3-89892-129-8

Sabine Carbon/Barbara Lücker: **Willy. Die spannende Geschichte eines deutschen Bundeskanzlers**

Berlin 2007, ISBN 978-9810097-8-1

Willy-Brandt-Haus Lübeck

Neue Architekturführer Nr. 118
Stadtwechsel Verlag, Berlin 2007, ISBN 978-3-86711-038-9
(auch auf Englisch erhältlich)

Willy Brandt – ein politisches Leben im 20. Jahrhundert

Katalog zur ständigen Ausstellung im Willy-Brandt-Haus Lübeck
von Katharina Bieler, Lübeck 2009

Petri Hakkarainen: **A State of Peace in Europe. West Germany and the CSCE, 1966–1975**

New York 2011 (Studies in Contemporary European History, Bd. 10)

Claudia Hiepel: **Willy Brandt und Georges Pompidou: Deutsch-französische Europapolitik zwischen Aufbruch und Krise**

München 2012 (Studien zur Internationalen Geschichte, Bd. 29)

Darüber hinaus wird auf die Online-Publikationen der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter www.willy-brandt.de verwiesen.

DIE BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ist durch Gesetz vom 25. Oktober 1994 als rechtsfähige bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet worden. Ihr Sitz war zunächst das Rathaus Schöneberg zu Berlin. Am 5. März 2010 wurde das Forum Willy Brandt Berlin (Unter den Linden 62-68) als neuer Hauptstandort eröffnet.

Die Stiftung hat die Aufgabe, das Andenken an das Wirken Willy Brandts für Freiheit, Frieden und Einheit des deutschen Volkes und die Sicherung der Demokratie für Europa und die Dritte Welt, die Vereinigung Europas und für die Verständigung und Versöhnung unter den Völkern zu wahren und so im Rahmen ihres politischen Bildungsauftrages einen Beitrag zum Verständnis des 20. Jahrhunderts und der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu leisten. Als Bundesstiftung wird sie finanziert aus dem Haushalt des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM).

Seit Juni 2012 bietet die Stiftung im Forum Willy Brandt Berlin die neue moderne Dauerausstellung „Willy Brandt – Politikerleben“.

Eine Stiftung – zwei Standorte

Am 18. Dezember 2007 wurde am Geburtsort des früheren Bundeskanzlers das **Willy-Brandt-Haus Lübeck** (Königstraße 21) mit einer modernen, multimedialen Dauerausstellung mit dem Titel „Willy Brandt – ein politisches Leben im 20. Jahrhundert“ eröffnet. Die Ausstellung steht unter dem Motto „Zeitgeschichte erleben!“ und bietet spannende Inszenierungen sowie multimediale Informationsangebote. Das Willy-Brandt-Haus Lübeck versteht sich als Ort der Auseinandersetzung über Geschichte und Gegenwart und als ein Lernort für Zeitgeschichte in der Geburtsstadt des Friedensnobelpreisträgers.

Näheres unter www.willy-brandt.de

BILDNACHWEIS

Bundesbildstelle (Cover, S. 30)

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Brandt, Willy: „Das Überleben sichern“ – die Einleitung zum Nord-Süd-Bericht

mit einer Einführung von Dirk Messner

[Hrsg.: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Red.: Wolfram Hoppenstedt ...].

1. Aufl. – Berlin : Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, 2013

(Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ; H. 25)

ISBN 978-3-933090-24-9

„Wo Hunger herrscht, kann Friede nicht Bestand haben. Wer den Krieg ächten will, muss auch die Massenarmut bannen. Dieser Bericht handelt vom Frieden.“

Willy Brandt